

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 8. Oktober. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-ruht: Dem Oberförster Gadow zu Forsthauß Grünau im Kreise Weiß- haveland den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Kaiserlich französischen Ingénieur en chef Coumes zu Straßburg und dem Großherzoglich hessischen Baurath Öfvermann zu Darmstadt, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem evangelischen Pfarrer Althann zu Creußen im Kreise Delitzsch, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Thor-Kontrolleur a. D. Buddens zu Spittelkheim im Kreise Gol- dap und dem Schullehrer Wiedermann zu Mieschütz im Kreise Glogau, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Legations-Rath a. D. Landesältesten und Rittergutsbesitzer Johann Morris Jordan auf Schönau, Kreis Glogau, in den Adelstand zu erheben; und dem Rendanten der Lega- tions-Kasse, Friedrich Wilhelm Meyer, den Charakter als Rechnungs- Rath zu verleihen.

Der Rechtsanwalt und Notar Hecht in Kempen ist in gleicher Eigen- schaft an das Kreisgericht zu Rawicz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Rawicz, versetzt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, Dienstag 7. Oktober, Vormittags. Die Königin von Neapel hat das Kloster St. Ursula in Augsburg zu ihrem vorläufigen Aufenthalt gewählt und ist gestern dahin abgereist. Die Königin soll leidend sein.

Petersburg, Dienstag 7. Okt. Das „Journal de St. Petersburg“ enthält einen Artikel über den Vorfall betreffs des Grafen Zamoyski, in welchem verbreitete Irrthümer rectifiziert werden. Der Artikel zieht aus den von Zamoyski gegebenen Erklärungen den Schluss, daß die Versammlungen der polnischen Gutsbesitzer, und was darauf folgte, nur aus dem Eindruck einer unüberlegten Aufregung hervorgegangen seien; aber sie konstatirten doch eine Gesetzesüberschreitung und könnten den Elementen der Bewegung Mährung geben. Der Graf Zamoyski sei der Gefahr ausgesetzt, seinen Namen als Fahne der Partei der Unordnung und der anarchischen Tendenzen ausgesetzt zu sehen. Als die Regierung den Grafen nach Petersburg verließ, hatte sie die Absicht, ihn dem zu entziehen. Der Kaiser erachtete die Rückkehr Zamoyski's nach Warschau unter den gegenwärtigen Verhältnissen für unangemessen, und wird derselbe sich auf einige Zeit ins Ausland begeben.

Warschau, Dienstag 7. Oktober, Vormittags. Der heutige „Dziennik“ publiziert eine Verordnung Betreffs einer theilweisen Militäraushebung für das Jahr 1863. Die allgemeine Aushebung vermittelst Loosung ist aufgeschoben worden.

Von der polnischen Grenze, Dienstag 7. Oktbr. Auf den öffentlichen Plätzen in Warschau werden neuerdings für das Militär Blockhäuser errichtet.

X Das preußische Hypothekenwesen.

Das preußische Hypothekenwesen beruht auf den Grundsätzen der Offenlichkeit und Specialität, und verdankt diesen Grundsätzen seinen heilsamen Einfluß, den es unbestreitbar auf die Entwicklung des Real-credits ausgeübt hat. Während das gemeine Recht mit seinen gesetzlichen und allgemeinen Hypotheken den Grundbesitzer und Hypothekengläubiger niemals vollständig sichert, entspricht unser Hypothekenwesen den ersten Voraussetzungen des Kredits, indem es dem Pfandgläubiger ein ganz bestimmtes und erkennbares Pfand sichert und ihm diejenige Priorität garantirt, die ihm von seinem Schuldner, ihm und Andern genau erkennbar, eingeräumt worden ist. Kein stillschweigendes, durch das Gesetz begründetes Pfandrecht, geht ihm, wenn wir von den zweijährigen Abgaben-Rückständen absiehen, zuvor, und raubt ihm die Be- riedigung aus seinem Pfande. Der Gläubiger, welcher den Werth des zu verpfändenden Grundstücks und die Höhe der ihm vorgehenden Hypothekenforderungen kennt, kann auf das Bestimmteste die Sicherheit be- rechnen, welche ihm geboten wird. Ohne diese Sicherheit aber kann von einer gefüllten Verfassung des Kredits nicht die Rede sein.

Wenn man von der Gelegbung Fürsorge für eine gesunde Kredit- verfassung fordert, so über sieht man, daß die inneren Grundlagen des Kredites: Solidität, industrielle Regsamkeit und Sittlichkeit, wenn sie nicht bei den Kredit Gewährenden und Suchenden vorhanden sind, nie- mals durch Gesetze geschaffen werden können. Alles was der Kredit erneuerlicher Weise von der Gelegbung verlangen kann, erschöpft sich darin, daß die Hindernisse, welche sich seiner Entwicklung entgegenstellen, und die Störungen, denen sein äußerst zartfühlender Organismus aus- steht, mit möglichster Zartheit aus seinem Wege geräumt werden. Wenn unser Hypothekenwesen sich auf die einfachen Grundsätze be- gründete, die wir oben andeuteten, so würde es allen Anforderungen der Bissenschafft und Praxis genügen, und hätte in fortwährender Anpassung n die Entwicklung des Kredits sich aus sich selbst gleichmäßig ent-wickelt, so daß es sehr wohl im Stande wäre, allen Anforderungen unsrer Zeit zu genügen.

Statt dessen weiß Jeder, der als Gläubiger oder als Grundbesitzer Gelegenheit hat, aus eigener Erfahrung unser Hypothekenwesen kenn- lernen, daß dasselbe, überwöhret von einem eminenteren Formalismus, mit der leichten Beweglichkeit des Kredits nichts weniger als überein- stimmt. Die Schuld trägt hauptsächlich die Sorge des patriarchalischen Staates, seine Unterthanen zu bewormunden. Aus dieser Bewormun-

dungsabsicht entstand das Princip der Legalität, welches als die dritte Grundlage unserer Hypotheken-Einrichtung zugleich ihre wesentlichste Eigenschaft ist. Während der Wille des Grundbesitzers, sein Grundstück zu verpfänden, oder des Gläubigers, sein Forderungsrecht einem Andern zu übertragen, so bald er nur urkundlich nachgewiesen ist, dem Grundbuchsführenden Richter zur Eintragung genügen mußte, hat das Gesetz die Gerichte persönlich dafür verhaftet erklärt, daß die eingetragenen Rechtsgeschäfte so, wie sie eingetragen sind, wirklich vorgenommen worden. Daß die unter eigener Verantwortlichkeit dem Richter vorge schriebene Prüfung eine sehr sorgsame ist, folgt aus der großen Gewissenhaftigkeit, die unserem Richterstande eigentlich ist, führt aber zu nicht unbedeutenden Weitläufigkeiten und Störungen des Verkehrs. Kommt dann die dem gleichen Bevormundungsprincip entsprungene Schwäche fälligkeit der Hypothekendokumente und die wenig dem Verkehr zusagende Art ihrer Übertragbarkeit hinzu, so läßt sich aus diesen Momenten hinreichend jeglicher Mangel unserer Hypothekenverfassung erklären.

Wir haben deshalb dringend nötig, eine Vereinfachung unseres Grundbuchwesens anzustreben. Die Gegenwart freilich hat wenig Aussicht, von der Gelegbung in diesen innern Fragen eine Abhilfe zu erwarten. Wir müssen uns deshalb vorläufig bescheiden, die Kenntnis von unserer Hypothekenverfassung in möglichst weiten Kreisen zu verbreiten; denn ein Uebel, welches von der öffentlichen Meinung als Uebel erkannt wird, birgt schon den Keim der Reform in sich.

Wir empfehlen aus diesem Grunde unseren Lesern ein Schriftchen von mehr praktischem, als wissenschaftlichem Interesse, welches durch eine genaue und übersichtlich geordnete Zusammenstellung der Vorschriften der Hypothekenordnung und der dazu ergangenen ergänzenden und abändernden Reskripte und Vorschriften sich besonders dazu eignet, als Leitfaden bei dem Studium und der Anwendung der Hypothekenordnung zu dienen, und zugleich die Überzeugung von den Mängeln derselben zu verallgemeinern. Das Schriftchen ist vor Kurzem im Heymannschen Verlag erschienen und führt den Titel: Die preußische Hypotheken-Ordnung vom 20. Decbr. 1783 im Auszuge mit ihren Ergänzungen und den Vorschriften über das Berghypothekenwesen als Handbuch zusammengestellt von D. H. Jobst, nach dessen Tode neu ergänzt von seinem Sohne Th. A. Jobst. Wir hoffen freilich, daß bei der jetzt vorbereiteten Reform unseres Civilrechts und unseres Prozeßverfahrens auch das Hypothekenwesen den Anforderungen der Neuzeit entsprechend reformirt werde, allein bis zu dieser immerhin weitausgehenden Verbesserung wird sich die kleine Schrift praktisch bewähren. Und so mag denn auch sie dazu dienen, das Bedürfnis nach einer besseren Hypothekenordnung immer mehr erkennen zu lassen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 7. Oktbr. [Hofnachrichten.] Am 3. d. M. Nachmittags, kam unsere Kronprinzessin mit ihren Kindern in Coburg an. Gegen 6 Uhr Abends traf ein zweiter Extrazug ein, welcher die Königin von England, sowie den Prinzen von Wales und die anderen königlichen Kinder, Helene, Louise, Beatrix und Leopold, nebst Gefolge und Dienerschaft hierherführte. Das kronprinzliche Paar erwartete die Königin am Bahnhof. Alle Herrschaften haben die Gemächer des herzoglichen Residenzschlosses Ehrenburg bezogen, wo die Frau Herzogin die Ankommenden empfing.

— [Die Berathungen der Budgetkommision des Herrenhauses] sollten gestern Abend zu Ende kommen. Die „Vage der Dinge dort“ ergibt sich, wie die „Kreuztg.“ kühn bemerkte, aus folgendem (bereits gestern in unserer Berl. A. Korr. erwähnten) „Verbesserungsvorschlage“, den Herr v. Meding in der Kommision eingeführt hat:

Die Budgetkommision hat mit großer Majorität beschlossen, bei dem Hause den Principal-Antrag zu machen, daß dasselbe einen Vermittelungsversuch bei dem andern Hause mittelst einer Resolution beschließen möge. Daneben wird im Kommisionsbericht das Votum einer Minorität hergehen, daß das Haus sofort definitiv über das Budget seinen verfassungsmäßigen Beschluss fassen möge. Zu diesem Minoritätsantrage schlägt ich den Busas vor: daß die Kommision bei dem Hause dahin antragen wolle, daß, wenn etwa das Haus auf den Principalantrag der Kommision nicht eingeht, sondern einen sofortigen Beschluss über das Budget beliebt, dann die Abstimmung so einzurichten ist, daß zuerst über die Annahme oder Ablehnung des Budgets in der Fassung, wie es vom andern Hause herübergekommen ist, abgestimmt wird, und daß, wenn das Haus die Vorlage des andern Hauses anzunehmen ablehnen sollte, dann über die Vorlage der Regierung, d. h. über das dieser vorgelegte Budget, abgestimmt wird.

Die nächste Entwicklung der Gründe dieses Vorschlags behalte ich der mündlichen Erörterung vor, bemerkte jedoch zugleich, daß mein Vorschlag ebenfalls der Vermittelung Raum giebt, da es sich ganz von selbst versteht, daß, falls das Herrenhaus die Vorlage der Regierung annehmen zu wollen erklärt, dann immer noch kein Gesetz über das Budget zu Stande gekommen ist, vielmehr unter Beifluß an das andere Hause zurückgehen muß, welchem völlig freie Hand bleibt, durch etwaige Modifizierung seiner früheren Beiflüsse unsere Zustimmung zu dem Budgetgefege herbeizuführen.

Die Verfassungskunde kennt keine Budgetvorlagen, die vom Herrenhaus an das Abgeordnetenhaus zu gelangen hätten. Das Letztere würde also derartige Versuche von Rechts wegen ganz und gar ignoriren.

— Die Sitzung des Herrenhauses am nächsten Freitag wird Vormittags 10 Uhr beginnen. Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Budgetkommision über den Staatshaushalt-Etat des Jahres 1862.

C. S.— Das Herrenhaus wird auf den Medingschen Vorschlag, die Regierungsvorlage des Etats der Verathung zu Grunde zu legen, nicht eingehen. — In der nächsten Woche dürfte die Session geschlossen werden.

— Der Finanzminister v. Bodelschwingh ließ sich am Sonntag die vortragenden Räthe vorstellen und besuchte darauf die verschiedenen Abteilungen seines Ministeriums, in welchen er die versammelten Beamten begrüßte. Herr v. d. Heydt wird am Ende der Woche das Hotel verlassen und alsdann der Minister v. Bodelschwingh dasselbe beziehen.

Insferate
1½ Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklame verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an denselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

— [Pressprozeß.] Das königliche Stadtgericht verhandelte gestern wieder zwei Pressprozeß. Der erste war gegen den Redakteur des Preußischen Volksblattes gerichtet und betraf einen Leitartikel des Blattes, in welchem sich dasselbe gegen die Juden wandte. Wegen Verleumdung des Vorbetters in der hiesigen Synagoge, der in dem Artikel genannt war, wurde der Redakteur zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Der zweite Prozeß war gegen den Redakteur der „Tribune“ gerichtet und endete mit einer Verurtheilung desselben zu 50 Thlr. Geldbuße.

— Berlin, 7. Okt. [Neue Broschüre; Bestrebungen; Wiedereraufnahme der neuen Organisation der Artillerie.] Im Verlag von Otto Hanke ist hier noch nachträglich eine auf unsere Militärfrage bezügliche Broschüre: „Die zweijährige Dienstzeit eines alten Offizier“ erschienen, welche namentlich über den geschichtlichen Verlauf der Änderungen in unserm Militärwesen seit 1815 und das That- sächliche der Verhältnisse manche tiefe einschlagende Momente beibringt und den Stempel, aus durchaus sachkundiger Feder geflossen zu sein, in jeder Einzelheit deutlich ausgeprägt auf der Stirn trägt. Neu besonders ist der mit Zahlen geführte Nachweis, wie nach der Koonschen Organisation die eigentliche preußische Feldarmee im Gegensatz zu den für dieselbe aufgewendeten Mehrkosten doch tatsächlich um etwa 45,000 Mann schwächer als die Armee von vor 1860 auftreten wird. Der Autor redet natürlich durchweg der zweijährigen Dienstzeit das Wort und will höchstens nur die Kavallerie hiervon ausgenommen wissen. Es ist überhaupt bemerkenswerth, daß sich für die zweijährige Dienstzeit, wo nicht gerade in den Reihen der Armee selbst, mindestens doch in den Kreisen der verabschiedeten alten Militärs in immer steigendem Grade eine nahezu schon allgemeine Zustimmung geltend macht und könnte diese Frage an sich wohl als abgeschlossen angesehen werden. Von Seiten der Kammer gilt es dem gegenüber aber wohl nur um so mehr, sich klar und bewußt zu halten, daß der Schwerpunkt des über unsere Militärfrage entstandenen Konflikts eigentlich weit weniger in diesem, am Ende nur nebensächlichen Punkte, als gerade in der principiellen Bedeutung der Landwehr zu suchen ist. Ein Nachlassen in jener anderen Forderung, wo nicht ein volles Eingehen auf dieselbe, dürfte schon für die nächste Kammerjession trotz allem momentanen Anschein des Gegenheils durchaus nicht außer den Kreisen des Möglichen liegen. — Sicherer Vernehmen nach sollen von einer gewissen Seite her zur Zeit alle Kräfte eingesetzt werden, den gegenwärtigen Moment zur Verwirklichung der für die neue Armeorganisation noch auststehenden und zu vervollständigen Maßregeln auszunützen, und zwar soll dabei vorzugsweise die Ausführung der bekanntlich seit lange projektierten neuen Organisationen der Artillerie ins Auge gefaßt sein. Als völlig zuverlässig verlautet, daß die Ausrüstung dieser Waffe mit den nun für dieselbe bestimmten Geschützgattungen im Laufe dieses Winters so sehr wie immer möglich gefördert werden wird und haben, wie man hört, im Laufe der letzten Woche bereits auch aus dem hiesigen großen Artilleriedepot mehrere Versendungen namentlich von Rohren zu den neuen gezogenen vierfündigen Geschützen nach den Provinzen stattgefunden, während andere Sendungen sich noch in der Vorbereitung befinden sollen. Es heißt dabei, daß diejenigen Artilleriebrigaden, welche bisher mit den neuen kurzen Zwölfpfünderbatterien noch nicht bedacht worden sind, bei der Ausrüstung mit den neuen fahrenden Vierpfünderbatterien zuerst bedacht werden sollen, doch wird daneben auch der Austausch der alten langen gegen die neuen kurzen Zwölfpfünder fortgesetzt werden. Bei der Garde-Artilleriebrigade befindet sich bekanntlich seit Mitte dieses Sommers bereits eine der projektierten fahrenden Vierpfünderbatterien ausgerüstet und hat dieselbe auch den diesjährigen Herbstübungen schon beigelehnt. Die Versuche mit denselben werden als mit vollkommenen davon gehegten Erwartungen entsprechendem Resultate jetzt als abgeschlossen bezeichnet. Noch wird versichert, daß die in diesem Jahre erst ausgeführte neue Organisation der Reitschule zu Schwedt zum nächsten Frühjahr hin eine durchgreifende, in der Hauptzache der österreichischen Anstalt dieser Art zu Wiener-Neustadt nachgebildete Änderung erfahren werde. Ob das Lehrbataillon für das nächste Jahr wieder zusammenzutreten bestimmt sei, bildet in militärischen Kreisen außerdem eine vielbesprochene Streitfrage.

— [Rückblick.] Am 7. Oktober sind gerade vier Jahre verflossen, daß der seitdem verstorbene König Friedrich Wilhelm IV. die „Aufforderung“ an Se. jetzt regierende Majestät zur Übernahme der Regentschaft erließ. Die Aufforderung war von dem damaligen gesamten Staatsministerium gegengezeichnet. Aus diesem leigt ist erst ganz kurzlich Herr v. d. Heydt aus- und in dasselbe Herr v. Bodelschwingh wieder eingetreten, Herr v. Flottwell, zur Zeit interimistischer Minister des Innern, endlich aus dem Staatsdienste geschieden. Von dem bei Einsetzung der Regentschaft ernannten Staatsministerium ist heute, nach vier Jahren, Niemand mehr im Amte, da doch Se. königliche Hoheit der Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen unmöglich noch als Vorsitzender des Staatsministeriums gelten kann.

— Für die großdeutsche Versammlung, schreibt man der „R. Z.“ aus Frankfurt, welche der 21. Oktober hier erblicken soll, macht man von verschiedenen Seiten her große Anstrengungen, und es könnte daher wohl geschehen, daß die Zahl der Theilnehmer eine ziemlich beträchtlich werden wird. Dadurch aber wird die Gesellschaft voraussichtlich eben so bunt und gemischt sein als nur möglich. Auch soll die Gelegenheit benutzt werden zu einer Demonstration gegen den Handelsvertrag und für die Chimäre der österreichischen Zollentzung.

Danzig, 6. Okt. [Marine.] Gestern Abend gegen 8 Uhr ist die „Arcona“, Kommandant Kapitän zur See Herr Sundewall, auf der hiesigen Rude angekommen und dasselbe vor Anker gegangen. Viele der Besatzung beeilten sich noch gestern ihre Familien nach der 3jährigen Trennung wiederzusehen. Die „Arcona“ wurde von der „Gefion“ mit 3 Geschützsalven salutirt. (D. D.)

Graudenz, 5. Okt. [Verurtheilung.] Heute erfolgte die Publikation des kriegsrechtlichen Urtheils über die 12. Compagnie des 8. Ostpreußischen Infanterieregiments Nr. 45 wegen Verweigerung des

Gehorsams. Zu diesem Zwecke wurde heute früh 9 Uhr von dem ganzen Regiments, mit Fahnen und voller Rüstung auf dem Place d'armes der hiesigen Festung ein Bieret gebildet, in dessen Mitte die verurtheilte Kompagnie sich befand. Unter präsentirtem Gewehr wurde dann die Kabinetsordre vorgelesen, welche den geschehenen Vorfall als einen unerhörten, in der Armee einzigen bezeichnet, der auch der Königlichen Gnade keine Milderung gestatte. Daran schloß sich die Vorlesung des langen Erkenntnisses gegen mehr als 100 Verurtheilte. Dasselbe lautete gegen verschiedene Gruppen je nach der Größe der Vergehungen auf andere Strafen. Es erfolgte keine Freisprechung und wurde gegen Alle auf Einstellung in die Strafsektionen (Festungsstrafe) erkannt. Fünf Unteroffiziere wurden degradirt und erhielten außerdem an Festungsstrafe der meist gravirte 19 Jahre 9 Monate, der nächste 15, die drei anderen 12 Jahre. Die meist gravirten Gefreiten und Gemeinen erhielten 15 Jahre, die Mehrzahl der Füsilier 10 und 3 und ein kleiner Rest 2 und 1 Jahr Festungsstrafe. Der Vorlesung des Urteils folgte die sofortige Degradierung der Unteroffiziere durch Abreissen ihrer Tressen durch andere Unteroffiziere; dann wurde das Protokoll von den Verurtheilten unterschrieben, die Unteroffiziere und einige Andere verweigerten indeß die Unterschrift, was aber ohne jede Einwirkung auf das Verfahren ist. Zwei Lieutenant als Besitzer unterzeichneten dasselbe ebenfalls.

Stralsund, 3. Okt. Die hiesige Kaufmannsdeputation wird sich durch ihren Vorsitzenden, Gewandhaus-Altermann Kruse, bei dem Handelsstage in München vertreten lassen. Derselbe ist aus den Tarifverhandlungen des Jahres 1848 in Frankfurt a. M., 1850 in Berlin und in den Kommissionen des Hauses der Abgeordneten seit 1849 als ein entschiedener Freihändler bekannt.

Baden. Karlsruhe, 5. Okt. Die von unseren Handelskammern zum deutschen Handelsstage nach München gewählten Abgeordneten sind sämtlich als Anhänger des französisch-preußischen Handelsvertrags bekannt. In erster Linie aber erhielten sie von ihren Kommittenten den Auftrag, mit aller Kraft für die Erhaltung des deutschen Zollvereins einzutreten, dessen Bedürfnis und Notwendigkeit überall in Deutschland immer allgemein anerkannt wird.

Hessen. Cassel, 5. Okt. [Zu den Wahlen.] Die Minister haben dem Kurfürsten die Einberufung des Landtags auf den 27. d. M. vorgeschlagen. — Die jetzige Haltung der, wie es heißt, bei Hof maßgebenden „Hessen-Ztg.“ ergiebt sich aus deren heutiger Nummer, worin von dem Wahlgesetz von 1849 gesagt ist: „Dieses fürsten- und landesfeindliche Werk thümlich bald über Bord zu werfen und ein Stände-Gesetz aus zwei Kammern, in die erste die höchsten und höheren Stände, in die zweite die mittleren und unteren Stände, ins Leben zu rufen, ist eine ganz bestimmte, positive Verpflichtung.“

Aus Nassau, 5. Oktober. [Handelspolitik.] Dieser Tage hielt der nassauische Gewerbeverein (aus 27 Lokal-Gewerbevereinen bestehend) in Langenschwalbach eine Generalversammlung und beschloß einstimmig eine Resolution, welche mit folgender Erklärung schließt: „Die Generalversammlung des nassauischen Gewerbevereins erklärt, gestützt auf die Kundgebungen des ganzen Landes, daß die materiellen Interessen des Herzogthums ein inniges, rückhaltoloses und entschiedenes Zusammenhalten Nassau's mit Preußen in allen handelspolitischen Fragen gebietrich erheischt und beauftragt den Centralvorstand, sich bei hoher Staatsregierung des Dringenden um die Erfüllung der Wünsche der gesammten nassauischen Bevölkerung zu verwenden.“

Sächs. Herzogth. Coburg, 5. Okt. [Prinz Leopold von England.] Ueber eine Verwundung, welche sich der britische Prinz Leopold durch einen Stahlfeder im Munde zugezogen, und die darüber verbreiteten Angaben bemerkte die „Cob. Ztg.“: Die erwähnte Verletzung habe allerdings eine starke Blutung herbeigeführt und sei in Folge dessen die Königin Victoria von Reinhardtsbrunn um zwei Tage aufgeschoben worden. Der königliche Prinz habe jedoch am Sonnabend die Ueberfiedelung von Reinhardtsbrunn hierher mitgemacht, und zwar auf Grund der vollkommenen Wiederherstellung.

Coburg, 6. Okt. [Generalversammlung des National-

[vereins.] Nachdem gestern eine große Anzahl von Mitgliedern des Nationalvereins, unter ihnen von Bennigsen, Metz, v. Unruh u. A., hier eingetroffen, begannen heute die Sitzungen des Vereins in der hiesigen Reithalle.

Franreich.

Paris, 5. Okt. [Tagesbericht.] Trotz des verlängerten Aufenthalts des Hohen in Biarritz bleibt Herr v. Lavalette ruhig in Paris; der Kaiser hat ihm geschrieben, er könne sich in Biarritz nicht mit Politik befassen. — Rattazzi's Hierherkunft betrachtet man jetzt als gewiß und nennt sogar den 15. Okt. bereits als Datum derselben; der italienische Ministerpräsident werde, falls er in der römischen Frage nichts ausrichten sollte, alsbald von seinem Posten zurücktreten. — Jüngst war bekanntlich die Rede davon, daß auf ein Gutachten der Prüfungskommission für dramatische Werke gegen ein nach dem Victor Hugo'schen Romanne les Misérables bearbeitetes Theaterstück Maßregeln getroffen werden seien. Der „Moniteur“ erklärte heute, ohne Victor Hugo selbst zu nennen, „die Kommission gebe ihr Gutachten nur über die Stütze ab, mit deren Prüfung sie beauftragt worden, und das einzige Richtige in obigem Gerede sei, daß auf Vorschlag der Kommission das Verbot dieses Werkes ausgesprochen wurde“. — Aus den Ministerien ist abermals ein Circular an die Präfekten ergangen, das den Zweck hat, den Provincial-Journalen die Diskussion von Fragen der inneren Politik so sauer wie möglich zu machen. — Wie man hört, hat die Regierung nochmals durch Hrn. Mercier in Washington Vorstellungen machen lassen zu Gunsten eines baldigen Friedensschlusses, d. h. der Anerkennung der Secession. Gestern hat darauf Herr Dayton dem Minister des Auswärtigen eine Note mitgetheilt, in welcher Herr Seward die französischen Rathschläge einfach abgelehnt. — Marquis de Moustier ist in Konstantinopel sehr thätig zu Gunsten der Armenier; der nicht-unire armenische Patriarch hat sich mit seinen katholischen Kollegen vereinigt, um den Beifand des französischen Gesandten anzurufen.

[Römische Frage.] Je näher der Tag der Entscheidung in Betreff der römischen Frage tritt, desto mehr befestigt sich die Ansicht, daß das Zünglein der Waagschale allerdings sich den italienischen Wünschen zuneigen werde, jedoch ohne die Schale des römischen Hohen allzuehr in die Höhe zu schnellen. Die bisherigen Thaten Napoleons III. zeigen, daß er kein Liebhaber brüscher Übergänge von einem Gegensatz zum andern ist; er wird in der römischen Frage schwerlich eine Ausnahme machen. Wie schon gemeldet, geht das Gerücht, daß zunächst eine Veränderung der Garnison und eine Veränderung im Kommando beliebt würde. Statt des Obergenerals ein einfacher Brigadegeneral und statt des Botschafters ein Gesandtschaftssekretär: diese beiden Maßregeln würden bedeuten, daß weder militärisch noch diplomatisch mit dem römischen Hof zu verhandeln ist. Ein solcher Schritt mag dann die Maßnahmen in Betreff der Räumung Roms vorbereiten. Die nothwendige Folge freilich wäre die Räumung keineswegs, wie sich dies ja nach der Rückkehr Goyons zeigte. (N.B.)

[Die französische Presse über Deutschland.] Alle französischen Blätter, selbst die, welche die italienische Einheit mit der größten Energie vertheidigen, sind gegen die Einheit Deutschlands. Die „Debats“, die „Patrie“, die „France“ u. er schrecken bei dem Gedanken eines starken Deutschlands, und mit Recht, denn sie müssen sich wohl fragen: welche Rolle werden die 50 Millionen Deutschen, die trotz ihrer Uneinigkeit nicht zu vernichten sind, nach ihrer Einigung spielen? Eine jede andere Nation wäre zu Grunde gegangen, während Deutschland trotz seiner Zerrissenheit zwei der fünf Großmächte besitzt, und außerdem noch 31 Staaten und Städtchen, die, wenn sie zusammenhalten, gewiß nicht zu verachten sind. Der Gedanke an ein einiges Deutschland fällt ihnen ordentlich auf die Nerven und es schüttelt und es rüttelt sie, wenn man nur die leiseste Anspielung darauf macht, daß Deutschland ebenfalls eines Tages wie ein Mann dastehen könnte. Die „France“, die bekanntlich die italienische Einheit auf das energischste anfeindet, ist zum wenigsten noch logisch, wenn sie gegen Deutschland auftritt. Sie warf deshalb auch der „Opinion Nationale“ vor, daß sie die Einheit Italiens vertheidige, während sie gegen die 50 Millionen Deutsche zu Felde ziehe. Dieses

Blatt, das bekanntlich vom Prinzen Napoleon inspirirt ist und dessen Redakteur ein chef, der ehemalige St. Simonist Gueroult, sich zum Lakaien des Palais Royal emporgearbeitet hat, läßt nun endlich die Maske fallen. „Was“, ruft derselbe in seiner jedenfalls etwas unflügen Entrüstung aus, „haben wir nicht, als die Einheit Italiens in Aussicht stand, ganz allein vier Monate lang die Annexion Nizza's und Savoyens an Frankreich als Schutz unserer Grenze einem so starken Nachbar gegenüber verlangt? Wenn heute die deutsche Einheit aus der Region der Theorien hervorgehen sollte, so werden wir ihr ebenfalls keine Hindernisse in den Weg legen. In diesem Falle werden wir aber auch von unseren Nachbarn eine Reklamation der Grenze verlangen, welche die Armeen des formidablen Reiches, das dem ohnmächtigen Chaos der deutschen Konföderation folgen würde, von Paris weiter entfernt halten würde.“ Also eine Abtretung des linken Rhein-Ufers, natürlich mit Belgien. Es ist gut, daß man dieses in Deutschland weiß, und es scheint sogar, daß man hier glaubt, daß unter diesen Bedingungen die deutsche Einheit, so wie sie Frankreich wünscht, erzielt werden kann. Zum wenigsten behauptet heute die „France“, oder sie gibt doch zu verstehen, daß Russland und Frankreich die letzten Maßregeln des Königs von Preußen vollständig gebilligt und ihn aufgefordert haben, auf der von ihm betretenen Bahn zu beharren. Jeder kann sich aus dem Gesagten die Konsequenzen ziehen, aber man darf wohl annehmen, daß sich Deutschland nicht so leicht beschneiden lassen wird. (R. 3.)

[Aus Mexiko.] Die „Patrie“ hat Nachrichten aus Mexiko bis zum 28. August. Danach hat zur Sicherung der Proviantbahnen von Veracruz nach Orizaba General Lorence auf dem Wege von Chiquihuite nach Orizaba Detachements ausgestellt. Da sein Truppenkorps aber dazu nicht ausreichte, mußte er den vorgehobenen Posten von Aculzingo aufheben, worauf dieser Platz wieder von dem Feinde besetzt wurde und die mexikanischen Pläntler in den Stand gesetzt waren, die Bewegungen der Franzosen zu überwachen. Ein mexikanisches Hülfekorps, welches sich im Lager der Franzosen befand, eroberte am 30. Juli den Platz wieder zurück und nahm die feindliche Besatzung gefangen. Doch beweist stellte es seinen Rückzug nicht in bester Ordnung, denn einige seiner Nachzügler wurden von dem herbeigeeilten Obersten Ugolde überrascht. Acht davon wurden getötet, sieben andere gefangen genommen und gegen allen Kriegsgebrauch sofort gefilzt.

Italien.

Turin, 3. Oktober. [Beziehungen zu Russland; Verschiedenes.] Mit Russland gestalten sich die Beziehungen Italiens auf das Beste. Die erste Macht verlangt sogar von dem illegitimen Königreich eine Gefälligkeit, nämlich die Anweisung einer Kohlenstation im Adriatischen Meere, also auf annelittem Boden. Auch ist von Heirathsplänen die Rede, welche eine nähtere Verbindung zwischen der königlichen Familie und dem russischen Kaiserhause herbeiführen würden. Der Kronprinz Humbert tritt nämlich altmäßiglich in das männliche Alter, und man spricht daher vornehmlich von einer Herzogin von Leuchtenberg als seiner zukünftigen Gemahlin. Der Prinz wird, wie es heißt, seinen Rückweg von Lissabon über Frankreich nehmen und dem Kaiser in St. Cloud einen Besuch abstatte. — Hinsichtlich der Wiedereröffnung der Kammern ist noch nichts entschieden; man glaubt indeß jetzt eher, daß das Ministerium zurücktreten, als daß es die Kammern aufzulösen werde. Denn wenn dasselbe in Paris etwas ausrichtet, so ist der letztere Entschluß unnötig, im anderen Falle aber der erste unvermeidlich. — Die junge Königin von Portugal hat auch von dem Nationalkomitee in Rom ein reiches Brautgeschenk im Werthe von 20,000 Frs. erhalten. — In Neapel sind in der Nacht vom 3. zum 4. d. verschiedene Anhänger des Königs Franz II. mit sehr kompromittirenden Papieren verhaftet worden.

[Befinden Garibaldi's.] Die neuesten Nachrichten über den Gesundheitszustand des Generals Garibaldi lauten beunruhigend. Die Ärzte, die zu ihm berufen wurden, sind getheilt. Die Ennen ist die Augen nicht mehr in der Wunde und die Heilung wird deshalb von selbst erfolgen; nach den Andern ist die Augen aber noch in der Wunde, und es steht zu befürchten, daß nach dem Aufhören der Eiterung

Berliner Plaudereien.

[Phylognomie des Tages; Mode; Clara Stich; Opernjujubiläum.] Berlin ist die Metropole der Intelligenz, wenigstens hat man ihm diesen Namen gegeben; Berlin ist aber auch die Stadt der Gerichte. Ich bitte auf die Schreibweise zu achten; — als Stadt der Gerichte ist unser gutes Spree-Athen schon lange bekannt.

Wer harmlos Morgens aufgestanden ist und das große Unglück hat am Frankfurter Thor zu wohnen, indessen Geschäfte ihn ans Potsdamer rufen, kann sich nach zurückgelegter Wanderung wahrlich an den Kopf fassen und ernstlich fragen, ob sein Gehirnreervoir noch in der richtigen Verfassung ist. Schon auf dem Alexanderplatz hat ihm ein wohlwollender Fremd sub taciturnitate sigillo mitgetheilt, daß das Abgeordnetenhaus aufgelöst worden sei. Mit verdoppelter Eile traut er nun dem Schlossplatz zu, um schon auf der Kurfürstenbrücke zu erfahren, daß Mutter Fama sehr oft ein unzuverlässiges Weib sei.

Ein anderer Freund, ein Rechnungsrath im endlich befreiten Finanzministerium und dieser Stellung wegen natürlich ein gut unterrichteter Mann, gesteht ihm soeben, daß zu keiner Zeit weniger an eine Dissolution dieses hohen Hauses gedacht worden sei als gerade jetzt. Sein verfassungstreues Gemüth beruhigt sich und getrost pilgert er über den Schloßplatz und Werderschen Markt nach der Charlottenstraße. Ehe er aber noch in die Leipziger Straße einbiegt wird ihm schon die grandiose Absführung mitgetheilt, die Herr v. Sybel, der gothaisch gesünnte Kämpfer für das deutsche Kaiserthum, vom guten Peter Reichenperger eingetragen hat. Leute, die aus dem berühmten, armen, auch wackligen und baufälligen Hause am Dönhofplatz kommen, haben es selber mit angehört. Herr v. Sybel, so öffentlich in seiner Eigenschaft als Professor der Geschichte angegriffen, setzt sich darauf mit einem klassischem Sprunge über die Männerjahre hinweg, träumt sich zurück zum Studienten von Sybel und begreift Herrn Peter mit ein in seinen Traum, so daß der Auskultator Reichenperger vom Corpsburschen Sybel auf krumme Säbel mit abgetretenen Sekundanten gefordert sein soll.

Vita verecunda est, Musa jocosa mihi! Ein wahres Wort, und drum sollte auch die Wahrheit nicht verschwiegen werden. Berlin ist voll von Gerüchten, Gerüchten der widerfinnigsten Art, und daß diese hin und wieder geglaubt werden, mag Ihnen beweisen, in welcher fast fieberhaften Aufregung wir leben. Mit förmlicher Wollust werden allerhand schöne Geschichtchen erfunden, welche seit dem unglücklichen Tage wo Herr v. Noen und Herr v. Vincke (das ehemalige erbliche Mitglied für Hagen, jetzt für Stargard beschäftigt, ist gemeint) so arg zusammengesetzt, stets mindestens mit einem Duell endigen. Der Berliner nimmt

in einem Grade am Abgeordnetenhaus Theil, den man ihm früher gar nicht zugestraut hat und so lange es noch von der vox populi zu den unglaublichsten Nachrichten gezählt werden wird, wenn die Presse einmal berichten sollte, daß Birchow mit v. Gottberg eine harmlos-traurliche Polonaise eröffnet hat, so lange wird der Berliner Philister, wenn er einmal, wie jetzt, sich im aufgeregten Zustande befindet, den abenteuerlichsten Gerüchten Glauben schenken und gern bereit sein alle Borkommisse einer Newyorker Abgeordneten-Versammlung, in welcher bekanntlich der Revolver eine große Rolle spielt, auch bei uns für durchaus mögliche zu erklären.

Ein Kuriösrum, das gewiß für Ihre Leser von Interesse sein wird, kann ich Ihnen nicht vorenthalten. Die Kammer sitzung, in welcher Schulz-Delitzsch neulich seine gediegene Rede zu Gunsten des Germanismus, dem Slavismus gegenüber hielt, war eben vorüber und ich befand mich hinter einem gemüthlichen Seidel „Echten“ bei Wagner, als ein Mann athemlos hereingestürzt kam. Es war einer von jenen Männern, die mit zärtlicher Liebe der Majorität unseres Abgeordnetenhauses zugethan sind und die das Wohl der Mitglieder der Fortschrittpartei mit mütterlicher Sorgsamkeit im Auge haben. Dieser Mann erzählte, daß — ich bitte, lachen Sie nicht und streichen Sie den Passus nicht, die Wahrheit meiner Worte kann durch Zeugen verbürgt werden — Schulz-Delitzsch soeben von einem der Herren aus der polnischen Fraktion, er nannten diesen sogar, ich glaube es war Dr. v. Prusinowski, gefordert worden sei auf fünf Schritt Barriere und — daß er die Forderung angenommen habe. So kriegerisch gestimmt und gesünnt ist ein Theil unseres pfälzertretenden Berlins.

Ich überlese das vorstehende Geschriebene und finde, daß meine feuilletonistische Feder ganz contre coeur auf das Gebiet der Politik und Gesetzgebung sich vertheidigen hat. Lassen Sie sich das als einen Beweis dienen wie diese Gebiete, die doch sonst das noli me tangere deutlich und selbst fühlbar genug als Motto tragen, ihre Herrschaft auf alle Schichten der Gesellschaft ausdehnen.

Zur Beruhigung und Abkühlung will ich auch gleich einen bedeutenden und gewagten Sprung auf die friedlichste Feldmark machen, die es hießen geben kann, auf die Mode. Zufällig kam mir neulich die Diezmann'sche Leipziger Allgemeine Modenzeitung zu Gesicht und ein Passus im Modenbericht dieses Journals dünkte mir interessant genug um ihn zur gelegentlichen feuilletonistischen Verwerthung abzuschreiben.

Da ich annehmen darf, daß nicht viele Ihrer verehrten Leserinnen gleichzeitig Abonnentinnen der Modenzeitung sind, so glaube ich den

Dank der Damen zu verdienen, wenn ich, schon der Kuriösität wegen, zur weiteren Bekanntwerbung jenes Artikels beitrage.

In seiner vorletzten Nummer (38) läßt sich das genannte Journal aus Paris folgendes schreiben:

„Die Damen tragen das Haar à la caniche, pudelartig; es wird in kleine Löckchen gedreht; je unordentlicher und verworner es aussieht, für desto hübscher und eleganter gilt es. Auf diese Löckchengewirr muß die Dame, wenn sie blonde ist, Puder streuen, goldfarbigen, weißen oder rufbraunen. Die Brünette wählt am liebsten den goldfarbigen; es steht ihr aber auch schwarzer zur Verfügung. Freilich benimmt dieser Puder dem Haar den Glanz, aber die Mode verlangt es.“

Der Puder wird bei hellem Tage getragen und selbst auf dem Gesichte, das man mit Reismehl bestreut, so, daß manche Dame aussieht wie ein Müller auf dem Theater. Die schönsten Frauen in Paris gehen in solcher Weise und zwar recht stolz einher. Aber da zeigt sich ein Uebelstand; im Sonnenschein sieht man das Mehl auf dem Gesichte und das ist dem doch häßlich. Der Puder im Gesicht soll und muss beibehalten werden und so erfand man Spicenmaske, die man denn auch loups nennt, wie sonst. Man trug sie einzeln schon im Frühjahr und man sagt, im Winter dürfen sie sogar unentbehrlieblich sein.

Sie werden mit Kauthulband in der Farbe des Hutes auf dem Gesichte gehalten und durch ein Band auf dem Munde befestigt, wohlbekannt nicht auf dem Kinn, denn dies darf nicht verhüllt werden. Diese Spicenwolf (um den französischen Ausdruck einmal zu brauchen) soll die alleinige Schleierart sein, welche die Damen im nächsten Winter tragen und er ist ganz so eingerichtet wie der ehemalige loup (Wolf), d. h. die Halsmaske von Sammet. Die Kaiserin von Frankreich hat diese Spicenmaske bereits angenommen und trägt sie an den Hütten in der Stadt und auf dem Lande.

Wie das Spiel mit dem Fächer unterhält die Damen das Zu- und Aufknüpfen der Bändchen an der Spicenmaske. Bei dem Eintritt zu Besuchen hat die Dame diese Maske vor und sie behält sie auch während des Besuches auf. Nun denke man sich sechs, zehn Damen bei einander, die, wie es doch jetzt Sitte ist, laut sprechen, ungeniert lachen u. s. w., alles unter Gaze- und Spicenmasken.

Es wird nicht lange währen, so sind unsere Damen in ihrer Tracht ganz bei jener der Schäferinnen, Watteaus, wieder angekommen. Man sieht bereits viele in Seebädern, namentlich in kurzen bunten Unterrocken, herumgehen, über dem das Kleid ansehnlich aufgenommen ist, mit einem Stöckchen in der Hand, mit einer Spicenmaske vor dem Gesichte, statt des ehemaligen Reisrockes die Krinoline.“

sich Geschwüre im Innern bilden werden, die eine Zersetzung des Blutes zur Folge haben und eine spätere Abnahme des Fußes unmöglich machen. Für die ersteren Ansicht sind die Aerzte Ripari, Brandiana, Basil, Alba-
nese, Porta (Professor in Bologna), Loretto und der Engländer Par-
tridge, Palasciano und Cipriani sind für letztere Ansicht. Ihre Mei-
nung ist natürlich bis jetzt nicht durchgedrungen. Die herbeigerufenen
Aerzte, mit Ausnahme der beiden letzteren, wagen sich auch nicht offen
gegen die Aerzte auszusprechen, denen die Heilung Garibaldi's anvertraut
ist. Politische und andere Gründe leiten dieselben, und man darf
deshalb nicht überrascht sein, wenn Garibaldi plötzlichrettungslos
verloren ist.

Turin, 6. Oktober. [Teleg.] Die „Gazetta ufficiale“ ent-
hält das Dekret, durch welches Garibaldi und seine Genossen, mit Aus-
nahme der aus der Armee Desertirten, amnestiert werden. — Wegen
mehrerer vermittelst des Dolches verübter Mordmorde, ist in ganz
Sicilien das Waffentragen verboten worden. Ausgenommen hiervon ist
die Armee und die Nationalgarde während des Dienstes. — Garibaldi
hat eine schlechte Nacht gehabt.

Spanien.

Madrid, 6. Oktober. [Teleg.] Nach einem Schreiben aus
Mexiko vom 28. August ist das Wappen des spanischen Konsuls daselbst
herabgerissen worden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 2. Ottbr. [Tagesnotizen.] Die Vorboten
des Winters, Frost und Schnee haben sich bereits wiederholt bei uns
eingestellt und mit ihnen natürlich die Aussicht auf baldige Hemmung
des Handelsverkehrs, der in diesem Jahre ohnehin Manches zu wünschen
übrig ließ. — Von erwähnenswerthen Neuerungen giebt es wenig. Den
Kreisgerichten werden künftig Prokuratorien beigeordnet, die den Anklage-
akt formuliren und dem Vertheidiger gegenüber zeugen und den Ange-
klagten befragen. — Beihufs Reform der Städteverwaltung nach dem
Muster Petersburgs und Moskaus sind in Pensa, Samara und Archangel
Komitees zusammengetreten. — In London ist der hiesige Akademiker
Hamel am 22. v. M. gestorben. — Die „Nord. Post“theilt mit, es
sei in letzter Zeit wahrgenommen worden, daß die Offiziere in gewissen
Fällen, namentlich im Eisenbahnen oder im Dampfschiff, anstatt
ihrer vorgeschriebenen Uniform bürgerliche Kleider oder Nationalcostüm
getragen haben, und daß die Chefs der Armee angewiesen worden sind,
solchen Verstößen gegen die Reglements zu begegnen.

Aus dem Königreiche Polen, 6. Oktober. [Eisen-
bahnen; Zamostki; Rekrutierung; Juden.] Die Strecke von
Grodnau nach Landwarow — auf der Warschau-Petersburger Eisen-
bahn — ist seit dem 18. September zur Benutzung des Publikums
zwar eröffnet und es kursiren von Warschau direkt über Kowno, Wilna,
Dünaburg, Pstom nach Petersburg wöchentlich zwei Personen- und ein
Güterzug, allein da die Bahnhofsetablissements auf einem großen Theile
der Strecke bis Kowno noch nicht aufgeführt und Restaurationen noch
nicht eingerichtet sind, so thun die Reisenden gut, sich mit Lebensmitteln
zu versorgen, wenn sie nicht hungrig, oder die schlechten, von fern her an
die Halteorte von Spekulanten geschleppten Eßwaren mit zehnfachen
Preisen bezahlen wollen. — Die Bahn von Warschau bis an die Ber-
lin-Petersburger Linie ist viel solider und besser gebaut, als die Strecke
von Eidskuhn nach Petersburg — 121 Meilen —; allein sie wird
nicht so gut rentieren, als letztere, da der Verkehr von Warschau aus nach
Petersburg nie so bedeutend werden wird, als von Preußen aus. —
Die Warschau-Petersburger Bahn ist mehr eine Tour von strategischem
Werthe und wird also mehr eine Militärstraße bleiben. Die Agitato-
ren lassen sehr die Flügel hängen, und jetzt, wo sie ihres Hauptes be-
raubt, sind sie nicht mehr figürlich, sondern wirklich topflos. — In der
Partei, welche als das junge Polen betrachtet sein und gelten will, ist
durch die Entfernung Zamostki's eine bedeutende Spaltung eingetreten,
indem ein Theil sich dem Markgrafen Wielopolski anschließen, der an-
dere aber seinen Weg nicht nur verfolgen, sondern noch exzentrischer auf-
treten will. Soviel dürfte nunmehr in Betreff der schwedenden Wirk-
ungen auch dem minder geübten Beobachter endlich klar geworden sein, daß

Wie gefällt den schönen Leserinnen diese neue Ära der Mode, welche
anzubrechen droht? Wiener Blätter berichteten neulich von einer Krino-
linen-Berühörung zu Ischl, — schade, daß sich das Ganze als ein
Scherz des Feuilletonisten der Wiener Presse herausgestellt hat, es wäre
doch einmal ein Versuch gewesen, den frechen und geschmacklosen Parole-
befehlen, die man in Betreff der Moden in der Seestadt diktirt, ein
Paroli zu bieten. Der Puder ist wieder da und das Schönheitspfästerchen
wird nicht ausbleiben, es ist ja einmal Mode, das am schönsten zu
finden, was am unattraktivsten ist. Und das Widersinnigste wird ent-
zückend genannt, eben weil es vielleicht Mode ist.

Kommen wir nach dieser Beleuchtung einer unerquicklichen Ver-
irrung des guten Geschmackes wieder auf unser spezielles Berliner Leben
zurück. Das die Winteraison begonnen hat, ist eigentlich noch gar nicht
so recht zu merken. Möglich, daß das Entfernen der höchsten Herr-
schaften daran schuld ist. Es war ein betrübendes Zeichen, daß gerade
zum Saisonanfang den künstlerischen Kreisen ein herber Verlust durch
den Tod der Hofschauspielerin Frau Liedtke (Klara Stich) bereitet
wurde. Klara Stich ruhe in Frieden, ein dantbares Erinnern wird ihr
bewahrt bleiben!

Aber ich sehe, daß ich nahe daran bin, den für meine Plaudereien
mir gewährten Raum zu überschreiten. Und doch kann ich meinen Brief
nicht schließen, ohne wenigstens ein eigenthümliches Jubiläum zu erwähnen,
das wir am Montag begehen werden. Am 5. Oktober sind es
hundert Jahre, daß Gluck's „Orpheus“ seine erste Aufführung (in
Wien) erlebte. Von allen Opern, die sich auf dem Repertoire erhalten
haben, ist „Orpheus“ die erste, welche es zu einem solchen Jubiläum
bringt. Die würdige Jubelfeier, welche unsre königliche Bühne bereiten
will, wird jedoch, da der Fünfte auf den Sonntag fällt, erst am Montag,
den Sechsten, stattfinden. Als hundertjährigen jugendfrischen Geist
werden wir das geniale Werk begrüßen, und Frau Jachmann-Wagner,
die den „Orpheus“ so ideal darzustellen wußte, wird das groß-
artige Tonwerk in das zweite Jahrhundert hinaüberführen.

Ein Glück auf! für dieses zweite Säulum. Dr. — y —

(Die „Berliner Plaudereien“ gingen schon vergangenen Sonnabend ein
und wurden sogleich in Sas gegeben; die in letzter Zeit stets 4—5 Spalten
des uns ohnehin knapp zugemessenen Raumes beanspruchenden Verhand-
lungen des Landtages, forderten jedoch stets die Burückstellung des Feuille-
tons. So ist denn das am Schluss erwähnte Opern-Jubiläum schon gestern
von unsrem Correspondenten beschrieben worden. Wir verweisen auf
diesen Bericht. Ann. d. N.)

an ein Reißsirene der Terroristen nicht zu denken sei und daß die Regie-
rung um so mehr Oberwasser gewinnt, je mehr diese Partei durch un-
nützes Wühlen sich abmüht. — Die Refutirung, welche für Rußland
für die Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 1863 von je 5 Mann
— im Alter von 21 bis 30 Jahren von je Tausend Seelen angeordnet
ist, gilt vorläufig nur für Rußland, und wird für das Königreich Polen
wohl ein anderer Census eintreten. Die Edelleute — die exaltirten
Polen natürlich nur — sind jetzt den Juden feindlich gesinnt und diese
überzeugen sich nun, daß, was die vernünftigeren Juden von vornherein
einsahen — die beim Beginn der Bewegungen im Königreiche gehäu-
chte Freundschaft nur eine Leimruth war, um die Judentum in die Demonstrationen zu verleiten und nebenbei über deren Geld gebieten
zu können. Man fängt von dieser Seite bereits offen feindlich gegen die
Juden sich zu zeigen an. Viel thut dazu die Meinung, daß die erhöhte
Abgabe auf die Spiritusfabrikation lediglich eingeführt werden, um da-
durch den Ausfall zu decken, welcher durch die Aufhebung der sogenannten
Röscher-Steuer, welche die Juden für Röscherfleisch &c. bisher entrichtet,
entstanden ist.

An dem hier erscheinenden Witzblatt „Komunal“ nimmt die
demokratische Partei, auf deren Verhöhnung es darin abgesehen ist, ge-
waltigen Anstoß. „Ezas“ versichert, daß kein Buchhändler sich mit dem
Schmutzblatte befassen will und daß es wenig gelesen wird. Er vermu-
tet, daß es unter hoher Protektion steht. Dasselbe Blatt warnt die
Korrespondenten mit der Angabe, daß die Revision der Briefe auf der
Warschauer Post strenger sei, als früher; jeder irgend verdächtige Privat-
brief werde in einer besonderen Abtheilung geöffnet. (?)

Türkei.

Belgrad, 1. Okt. [Abzug der Türken.] Am 29. v. M.
ist der erste Transport der aus Serbien exilierten Türken von Uschiza
abgegangen. Diesem ersten werden noch zwei andere folgen. Zu ihrer
Sicherung, wie zur Aufrechthaltung der Ordnung wurde der serbische
Major Schabarek mit einer Compagnie regulärer Infanterie und einer
Compagnie Nationalmiliz kommandirt. Derselbe hatte Befehl, mit
größer Strenge darüber zu wachen, daß während des Marsches keine
Excesse vorkommen. (R. B.)

Griechenland.

Athen, 27. Sept. [Amnestie.] Der König hat den Hauptmann
im Generalstabe, Zimbrati, und den Marineoffizier außer Dienst,
Barbarigo (beide bei dem Putsch in Santorin beteiligt), sowie sämtliche
Unteroffiziere und Soldaten, welche an dem Aufstande in Nauplia
Theil genommen und sich geflüchtet hatten, begnadigt. Es bleiben nun
nur noch 19 Haupt-Agitatoren übrig, denen keine Amnestie gewährt
wurde.

Vom Landtag.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 7. Ottbr. [61. Sitzung.] Vormittags um 10½ Uhr
vom Präsidenten Herrn Grabow eröffnet. Die Tribünen sind schon lange vor
der Zeit überfüllt, ebenso die Logen für die Mitglieder des Herrenhauses und
des diplomatischen Korps. Am Ministerische die Herren: v. Bismarck-
Schönhausen, v. Roon, v. Mühlberg, Graf zur Lippe, Graf Isenpflug und v.
Jagow. (Das Ministerium war um 9 Uhr im Konferenzzimmer des Abge-
ordnetenbaues zu einer Berathung zusammengetreten.) Beratungsgeschehen
circulieren im Reisimmer. Das Haus fährt in der Debatte über die Minis-
terial-Erläuterung fort. Das Wort erhält der Ministerpräsident:

Die Resolution Ihrer Kommission ist bestimmt, die Antwort zu bilden
auf unser Jurisdicition der Budgetvorlage für 1863. Wie die Regierung
bei letzterer erklärt und der Abgeordnete für Stargard entwickelt hat,
glaubt die königliche Regierung, indem sie die Behandlungen über den Etat
für 1863 vertage, in verhältnißlicher Weise die künftige Ausgleichung zu er-
leichtern. Die Resolution weist die dargebotene Hand zurück, sie beantragt
den Vorschlag zum Waffenstillstand mit einer Herausforderung, zu schleun-
iger Fortsetzung des Streites. Die Regierung nimmt von dieser Thatfrage
Acht, ohne sich durch dieselbe in ihren Entscheidungen zur Herstellung des
Einvernehmens der verfassungsmäßigen Gewalten beirren zu lassen. Sie
wird die von mir am 29. v. M. gegebenen Anträge inne halten, und befindet
sich hinsichts der regelmäßigen Vorlage der Etats in keiner prinzipiellen Mei-
nungsverschiedenheit mit dem Hause. Sie hat zuerst in Abweichung von dem
12jährigen Usus den Etat für 1863 zeitiger vorgelegt, dasselbe für 1864 in

Aussicht gestellt und für die Zukunft zugesagt. Die Steuerfrage, welche uns
beschäftigt, enthält zwei nicht nothwendig zusammenhängende Momente,
das der Militärorganisation und das der Verfassungsfrage über die Kompe-
tenz der verschiedenen Staatsgewalten bei Feststellung des Budgets. Die
letztere wurde vor 12 Jahren in und zwischen beiden Häusern und der Regie-
rung verhandelt, ohne ausgetragen zu werden. Die Kammer ging schließlich
über den der heutigen Revolution analogen Antrag des Herrn Abgeordneten
für Königsberg zur Tagesordnung und die sogenannte beruhigte sich bei der Vor-
aussetzung der Motive des Art. VII. der königlichen Botschaft vom 7. Jan.
1850. Dieselben lauten: „Sobald die Erste Kammer nach dem unter VIII.
folgenden Vorlagen aufhört, eine reine Wahlkammer zu sein, so folgt dar-
aus von selbst, daß der Zweite Kammer, wie es in denjenigen Staaten, wo
die konstitutionelle Staatsform dauernden Bestand gewonnen hat, überall
der Fall ist, ein überwiegender Einfluß auf Finanzfragen eingeräumt werde.“

Ich glaube, daß die damals nicht erreichte Lösung dieser Principienfrage
auch jetzt weder im Wege dialektischen Streites und persönlicher Vorwürfe
gelingen, noch durch die beantragte Revolution gefördert werden wird. Rechts-
fragen der Art pflegen nicht durch Gegenüberstellung widerstreitender Theo-
rien, sondern nur allmälig durch die staatsrechtliche Praxis erledigt zu werden.
Der Herr Abgeordnete für Stargard hat auf einen inneren Zusammensetzung
hinter den Erklärungen in der Kommission und des ihnen vorhergegangen
Antrags auf die Revolution hingewiesen, indem er den Antrag im Hin-
blick auf meine ihm folgenden Anerkennungen einen prophetischen nannte, er
hätte ihn noch richtiger einen provokatorischen genannt. Nachdem in der
Kommission die Haltung angedeutet worden ist, welche die königliche Regie-
rung annehmen würde, wenn sie eine praktische Verständigung nicht zu er-
reichen vermöge, verbricht sie sich für letztere keinen Gewinn, wenn sie mit
der selben polemischen Schärfe, welche die gestrigen Vorträge charakterisierte,
die Theorie der Theorie, die Interpretation der Interpretation gegenüber-
stellen wollte; dazu wird die Zeit kommen, wenn die Aussicht auf eine fried-
liche Ausgleichung gewachsen sein sollte. Das Amendum des Herrn v. Binde
wurde uns erst während der gestrigen Sitzung bekannt, und da wir
aus demselben, die Hoffnung schöpften, einen Anknüpfungspunkt zur Ver-
mittelung gewinnen zu können, so wünschte das Ministerium eine Vertagung
der Verhandlung, um sich über seine Stellung zu dem Amendum schlüssig
zu machen. Demzufolge erlaubte ich mir die Erklärung abzugeben, daß die
königliche Regierung in der Annahme des Bindeschen Amendements ein
Unterfund für die entgegengesetzte Auffassung ihrer Bemühungen zur Ver-
ständigung erbrachte, und wenn die Annahme erfolgt, Vorschläge machen
wird, welche auf den Antrag eingehen, ohne sich dessen Motive anzueignen
und ohne die Frage wegen der verfassungsmäßigen Verpflichtung zu präjudi-
zieren. Die im Amendum für 1862 in Aussicht genommenen Schritte
würden erst dann den erforderlichen Boden finden, wenn erfreulich wäre, daß
ein Gesetz zur Feststellung des Staatshaushaltsgesetzes nicht rechtzeitig zu
Stande käme.

Unter großer Aufregung nimmt das Wort der Abg. Funbel (gegen die
Resolution): Auch er wurde gestern auf das Wort verzichtet haben, nach der
so eben gehörten Erklärung liege aber die Sache anders. Man habe hier
nicht um ein Recht, sondern für dasselbe Recht gestritten. Gemeinsam
würde der Kampf aufgenommen werden, wenn ein Recht der Landesvertretung
escamotiert werden sollte. Die linke Seite habe die Lösung der Frage verach-
lässigt, er und seine Freunde suchten diese Lösung. Über dem Recht steht
im ganzen Lande Preußen das Recht der Moral. Wenn der Ministerprä-
sident heute erklärt habe, das Amendum Binde anzunehmen, sich dessen Motive
aber nicht aneignen zu wollen, so habe er das alte Spiel mit den Theorien
wieder aufgenommen, die durch die Auseinandersetzungen der gestrigen Redner
besiegt waren. In der heutigen Erklärung finde er kein Entgegenkommen,
wer ihnen die Erwägungen nehme, nehme ihnen auch das Amendum. Der
Vorwurf der Univerbiabilität, der der Majorität des Hauses gemacht werde,
sei ungerecht. Die Majorität habe aber den Ausweg, den Supplementar-
kredit, nicht angegeben und dieser Ausweg sei doch würdig der Versammlung.
Wenn Herr Gneist gewußt hätte, das Ministerium werde nur 11 Stimmen für
sich haben, so müßte er diesen 11 eine streichen (Gneist v. Patow), und mit
diesem einen, der seit langer Zeit für die Verfassung geduldet und gewirkt,
streiche er alle rechtlich denkenden Männer im Lande. Das Haus werde seine
Pflicht erfüllen, wer auch auf der Baust des Ministeriums sitze. Die Re-
solution der Kommission enthalte allerdings eine absolute Wahrheit, die treffe
aber die Sache nicht und enthalte nicht, was sie enthalten sollte. Sie treffe
nur die Zeit vom Oktober bis Ende des Jahres, denn abgetragene Titel existieren
nur 1863 nicht, nur für 1862. Er werde also für die Resolution nicht
stimmen, so wahr er sie auch halte. (Schr wahr!) Sie sei unnnütz; dagegen

mit Gottes Hülfe, thurer Freund, werden wir uns im nächsten Jahre hof-
fentlich, frei von allen Sorgen, in dem gastlichen und lieblichen Städtchen
Spaa mit dem Plätzchen der Springbrunnen und dem Rauten der grauen
Eichen wiedersehen.

Meyerbeer.

* * Die Stadt Narwa in Esthland und die Manufaktur Krähnholm.

Zu den schönsten Punkten der baltischen Provinzen darf unstreitig die
Stadt Narwa gezählt werden. Diese an der Narwa gelegene Stadt mit
ihren reizenden Umgebungen bietet sowohl in Bezug auf ihre Lage, als auf
ihre Bavarth und Lebhaftigkeit dem Besucher ein so liebliches Bild dar,
daß er sich nur ungern von ihm trennt, und der jetzt regierende Kaiser äußerte
ihm als Scropin bei einem seiner zahlreichen Besuchen, die er dieser Stadt
gemacht: „Narwa gefällt mir so sehr, daß ich es mir in einen Ring fassen
lassen möchte, um es beständig bei mir tragen zu können.“

Die Stadt selbst ist nicht groß, hat mit Swangozod zusammen etwa 6-
bis 7000 Einwohner, aber das durchweg hervortretende Gepräge echten
Deutschthums, die habsche Bavarth, mehr aber noch das den ganzen Ort
durchlebende industrielle, kommerzielle und gewerbliche Treiben drückt dem
Orte ein vollständiges deutsches Gepräge auf.

Narwa, seit 1704 unter russischer Herrschaft und, obgleich in polizeilicher
und administrativer Beziehung zum Gouvernement Petersburg gerechnet,
immer noch eng mit Esthland verbunden, wird meist von Deutschen, und nur
Swangozod, das durch eine Brücke über die Narwa mit der Stadt verbun-
den ist, ausschließlich von Russen bewohnt; in den Vorstädten wohnen meist
Finnen, so wie die Dienstboten und niederen Arbeiter fast nur Esten sind. —
Die Festung ist größtentheils aus Kalkquadersteinen erbaut und noch gut
erhalten, während die am andern Ufer der Narwa befindliche Bastei Iwan-
gorod größtentheils nur noch Ruine ist.

Außen der griechischen, der deutsch-evangelischen und der finnisch-schwedi-
schen evangelischen Kirche, und zwei griechischen Kirchen in Swangozod, hat
die Stadt mehrere öffentliche Gebäude, unter denen das Rathaus und das
Schloß Peters des Großen zu merken. Die Schulen der Stadt sind gut
und ziemlich ansprechend, und wie groß der Wohltätigkeits-
anstalten, besonders das deutsch-finische und ein russisches Armenhaus, zu
dessen Gründung ein Kaufmann, Wanval Orlow, allein gegen 40,000 Rubel
Silber begegeben. Letzteres, für russische Kinder beiderlei Geschlechts ein-
gerichtet, ist nicht allein mit Eleganz, sondern auch mit unsichtiger Anordnung
ausgeführt, und überraschend sind die Fortschritte, welche die Kinder in kurzer
Zeit gemacht.

In beiden Armenhäusern ist lobenswerth hervorzuheben, daß man der
Ausbildung der Kinder fürs praktische Leben sein Hauptaugenmerk zuwendet,
und das Theoretische mit der praktischen Anwendung sofort Hand in Hand
gehen läßt.

Der Handel der Stadt ist blühend und gibt ihr hauptsächlich Leben und
Nahrung; im Durchschnitt kann man annehmen, daß jährlich 180 Schiffe
ankommen und eben so viele abgefertigt werden. Nach dem Handel ist es
die bedeutende Fabrikthätigkeit, welche Narwa bereichert und belebt.

Dies Alles hält mich hier zurück; dies hat mir meinen Herbst geraubt,
und wird mir ebenso die erste Hälfte des nächsten Frühlings rauben, aber

treffe die Resolution Vinde die Sache vollkommen. Der Supplementarkredit hätte über den Konflikt hinweggeholfen; es verstehe sich jedoch von selbst, daß die Bewilligung dieses Supplementarkredits die Garantie der entsprechenden gesetzlichen Regelung der vorliegenden Fragen zur Bedingung mache. (Hört!) Er empfehle dringend das Amendement Vinde.

Abg. Birkhöf: Wenn er und seine Freunde dem Amendement Vinde nicht zustimmen, so geschehe dies nach reiflicher Erwägung und aus patriotischem Gefühl. Wären wir in einer Zeit gewesen, wo man im Voraus alle Einnahmen und Ausgaben geregelt hätte, und wo es gegolten hätte, einen Konflikt zu vermeiden, dann wäre der Vorschlag annehmbar gewesen; er ist nicht mehr möglich in der jetzigen Situation, einem Ministerium gegenüber, das erklärt, es habe kein Programm, es sei noch zu keinem Entschluss gelangt. So dürfe aber in einem konstitutionellen Staate die Regierung nicht geführt werden; das Land müsse wissen, wessen es sich von denen zu versehen hat, die das Recht in Aufspruch nehmen, die Krone zu vertreten. Der Mittelpunkt aller Ministerien sei jetzt der Kriegsminister; das heißt also: die Militärreorganisation sei der Kernpunkt. Es gewinne selbst den Anschein, als ob die Minister nur dazu berufen würden, um die Reorganisation durchzuführen zu helfen. Ein Minister nach dem andern trete in die Bresche neben den Kriegsminister, dem als Mann alle Achtung gebührt, der aber einen Konflikt verbeigeführt hat, dessen Verantwortlichkeit weit das Maß von dem übersteigt, was er zu tragen im Stande ist. Mit dem Durchsetzen des Amendments Vinde würde man nur den Zustand verlängern, das Programm des Kriegsministers stützen, die gesetzliche Regelung hinauschieben, und in das neue Jahr mit denselben Chancen hineintreten. Das Wort Waffenstillstand sei vom Kriegsminister sehr richtig gewählt. Die Regierung sagt, sie wolle etwas vorbereiten, um den Konflikt zu lösen, aber sie giebt nicht die leiseste Andeutung dessen, was sie thun wolle. Die Anzügerungen des Kriegsministers in der Kommission hätten wirklich den Eindruck gemacht, als würde er durch eine Verständigung sehr bestredigt sein, aber es hätte auch geschienen, als ob er noch keinen festen Entschluss darüber gefaßt habe. Ohne irgend eine andere Erklärung, als die, daß die Regierung noch Mittel suchen werde, den Konflikt auszugleichen, könnte man auf einen Vorschlag nicht eingehen. Unter Privatpersonen sei dies möglich, staatsrechtlich nicht. Sollen die Abgeordneten auf einen Waffenstillstand eingehen, so müßten ihnen greifbare Vorschläge

ten auf einen Waffenstillstand eingehen, so müsste ihnen greifbare Sicherheit gemacht werden. Das Land sei mißtrauisch, dem es habe den Eindruck empfangen, als solle die gesetzliche Regelung noch weit hinausgeschoben werden. Wenn man sich nun frage, ob dies Mißtrauen willktirlich, aus schlechtem Herzen, bösen Seelen, aus feindlichen Elementen hervorgegangen, so müsse man sich doch sagen, daß es durch die Geschichte des Konflikts begründet sei. Hat denn die feindliche Partei eine solche Hochachtung vor den Prätrogattiven der Krone gehabt, daß ihr das jetzige Beginnen ein ganz unvereinbares mit den Rechten der Krone erscheine? Dies Recht werde ihnen wahrscheinlich ein sehr gefüchtes sein, wenn das Herrnhaus zum bestimmenden Faktor für die Steuerbewilligung werden könnte. Den Erklärungen des Ministerpräsidenten gegenüber sei der Friedensschluß unmöglich, denn er sagt, die Interpretation des bestimmenden Einflusses der Zweiten Kammer auf das Steuerbewilligungsrecht komme allen drei Faktoren der Gesetzgebung zu. Gerade in den Steuergesetzen bis 1820 finde man den Ausdruck verfassungsmäßig sehr häufig und selbst damals habe der absolute König davon festgehalten, daß es der Verwaltung allein nicht zustehe, Steuern aufzulegen. Das gebe auch aus der Instruktion für die Oberrechnungskammer hervor. (Das Haus folgt den langen Deduktionen des Redners mit getheilter Aufmerksamkeit.) Das Ministerium mache kein anderes Anerbieten, als das, an der nothwendigen Reorganisation zu ändern, wenn etwas daran zu ändern ist, und an den Konflikt, der nicht in den Personen, sondern in der Sache liegt, gehen die Herren Minister mit einer Leichtigkeit heran, als ob es sich um ein Spiel handle. Sie tasten unmittelbar an das Herz des Volkes, sie verlegen bis in das Einzelne der Familie; das Volk wird ihnen aber immer entgegenstehen; sie rufen Gefahren herauf, die schwierigen, die sie drohten. Die Situation ist heut eine andere als 1850, wo die Interpretationen Platz greifen konnten; seitdem sind 12 Jahre vergangen, wir sind hervorgegangen aus der Reaktion mit der Fahne der Verfassung in der Hand. Wenn der Minister sagt, die Frage konzentrire sich nur noch auf die Militärfrage und auf die Verfassungsfrage, so werde das Volk sagen, die Verfassungsfrage sei aus der Militärfrage hervorgegangen. Hier also, in der Militärfrage müsse die Regierung nachgiebig sein und eine Grundlage bezeichnen, wenn es zum Waffenstillstand, zum Frieden kommen soll. Provocieren Sie, appelliren Sie an das Volk, fragen Sie, ob das Volk Ihnen Abgeordnete herschicken will, die Ihnen das Geld für das Heer bewilligen sollen. Ich beweise es. (Bravo!)

die Ihnen das Geld für das Heer benötigen sollen. Ich bezweifle es. (Drub.)
Abg. Reichenberger (Beckum; die Bänke leeren sich; bei der dadurch entstehenden Unruhe ist anfangs der Redner unverständlich): Redner will sich nur über das verbreiten, was zunächst in Frage steht, den Blick dahin richten, wo die Gefahr am größten ist. Die Resolution der Majorität lege zu viel Gewicht auf sekundäre Fragen, während es doch unnötig sei, sich mit mehr oder weniger künstlichen Interpretationen aufzuhalten. Beim Budget der auswärtigen Angelegenheiten kam die Interpretation des Art. 15 der Verfassung zur Sprache und an diesem damaligen Streite könne man sehen, wie mißlich es ist, sich auf Interpretation einzulassen. In politischen Versammlungen kommt es auch darauf an, zu seben, wo die Macht liegt; die Macht ist ein wichtiger Faktor, der man nicht Vorwände geben darf, und das thut man durch Interpretationen. Die Absicht der Regierung bei dem Juristischen des Budgets pro 1863 sei doch gewesen, eine Verfän-

Unter den älteren Fabriken ist die Tuch-, Zeug- und Segeltuchfabrik des Baron Stieglitz u. Comp., sowie die Essigfabrik von Ferd. Klemz besonders zu erwähnen. Diese Essig-, Bleizucker- und Farbenfabrik von F. Klemz, am Narwaflusse unterhalb der Stadt belegen, aus mehreren Gebäuden, Kellern und anderen Räumen bestehend, ist ein großartiges Etablissement, und interessirt um so mehr, als das Ganze nicht allein große pecuniarische Vortheile gewährt, sondern mit seinen Essigbildern, Dampfseilen, Pumpenwerken &c. ein sehnenswerthes Ensemble bildet; die Fabrik liefert im Durchschnitt jährlich an 200,000 Wedro, (Wedro = 13 Quart) guten Essig aus Spiritus, gegen 20,000 Pud, à 40 Pfund, Bleizucker und außerdem französischen Grünpan, Permanentweiß, Bremerblau, essigfaulren Baryt und eine ansehnliche Masse anderer Farben, und hat ihre Abschlager in Petersburg, Twer, Nowgorod, Moskau, Finnland, Livland, Plestsk u. c.

Ueber alle diese Fabriken jedoch vorragend und das Großartigste, was man in dieser Art vielleicht irgend finden kann, ist die neuerrichtete Baumwollspinnereifabrik an dem Norrmotofosse auf Gränholmen.

Dieser Wasserfall, den die Narova etwa drei Werst oberhalb der Stadt bildet, ist bekanntlich einer der großartigsten in Europa und dem Niagara in seiner Bildung ähnlich. Er teilt sich in zwei Abtheilungen, wobei er die Insel Kränholm bildet, zu deren beiden Seiten sich die Wassermassen von zwar unbedeutlicher Höhe, doch aber desto größerer Breite in das unterhalb der Insel tiefere Strombett stürzen und dann wieder vereint weiter strömen. Auf dem einen Arme des Wasserfalles, auf dem rechten Ufer der Narova, liegt die ebenfalls sehr großartige Fabrik des Baron Stiegliz, auf der Insel Kränholm selbst, aber die Baumwollmanufaktur, welche in jeder Beziehung so großartig und zweckmäßig eingerichtet und ausgeführt ist, daß ihresgleichen nur wenige aufzuweisen sein dürften, und man die Rücksicht und Umicht, mit welcher die Unternehmer eine so enorme Naturkraft, welche die Wasserfälle der Narova hier gewähren, für ihre Zwecke sich dientbar zu machen wußten, nicht genug bewundern kann. Bis zum Jahre 1857 standen nur einige Sägemühlen auf der Insel Kränholm, welche einen unbedeutenden Theil der natürlichen Wasserkraft benutzten. Im selben Jahre nun kauften mehrere industrielle Kaufleute, wie Herr Soltatow, Gebrüder Chludow, Mr. ... und ... die Fabrik für den Preis von 50.000 R.

B. Knoop jr. aus Petersburg, die Insel für den Preis von 50,000 R.-S.
Das ganze Werk besteht in einer Anlage von 140,000 Spindeln feiner
Mules und Water-Twiste und aus 2400 mechanischen Webstühlen. Die
Ausführung des Ganzen geschah in Folge der enormen Mittel, welche den
Unternehmern zu Gebote standen und welche diese auch anwandten, in einer
für die klimatischen Verhältnisse und die Lage des Etablissements erstaunlich
kurzen Zeit, so daß, nachdem der Bau im Jahre 1857 begonnen, im Jahre
1858 schon 40,000 Spindeln arbeiten. Die Fabrik anlagen bestehen aus
zwei enormen Quarees, einem vierstöckigen Gebäude zur Spinnerei und
einem dreistöckigen zur Weberei bestimmt, welche durch zwei Gallerien ver-
bunden sind. Die Fabrikgebäude sind sämtlich feuerfest aus einem festen
Kalkquaderstein gebaut und alle Verbindungsbalken und Säulen sind aus
Gussisen — mit Schmiedeeisen verbunden — angefertigt; das Eigengewicht
soll gegen 450,000蒲d betragen. Sämtliche Treppen und Fußböden sind
aus behauenen Fließstein, und die Bogen und Decken der verschiedenen Eta-
gen aus Ziegelsteinen gewölbt. Eine Übersicht von der Größe der Baulich-
keiten dürfte es gewähren, hier anzuführen, daß in den Fabrikgebäuden allein
1358 Fenster von 7 bis 11 Fuß Höhe und 5 Fuß Breite befindlich sind, und

igung anzubahnen; inwieweit es ihr damit Ernst gewesen, will Redner nicht entscheiden. Wenn der Abgeordnete für Mansfeld gestern gesagt habe, daß man Preußen das Recht der Steuerverweigerung nicht bestreit, so stimme er dem vollkommen bei. Er glaube aber, daß man alsdann nothwendig zu einem Schlusse kommen müsse, daß dann ein Unterschied zwischen Ordinarium und Extraordinarium bestehe und dafür die Verfassungsurkunde die bestimmten Anhaltspunkte enthalte. Redner schließt sich in diesen Ausführungen denen des Abgeordneten für Geldern an. Es ist uns von dieser Seite (der linken) dringend der Wunsch ans Herz geworden, für den Kommissionsantrag zu stimmen, weil ein solches Votum der Regierung gegenüber einen imposanteren Eindruck machen würde. Damit mache die Minorität zwar ein ganz gutes Geschäft bei der gegenwärtigen Situation. Sie wird sich aber ändern und eine ruhige, besonnene Stimmung wird im Lande Platz greifen; es genügt, die Demarkationslinie scharf zu ziehen, es genügt, daß die Regierung weiß, wir seien eingerückt in der Hauptsache. Ich hoffe, die Regierung werde dem ganzen Ernst der Sache Rechnung tragen. Die jetzige Staatsmaschine werde im Vergleich zu den früheren ständischen eine Lokomotive genannt, vielleicht im Vergleich zu den Postfütchen. Nun kann man möge verhüten, daß die Lokomotive entgleise; sie ist schwer wieder ins Gleis zu bringen.

Abg. Letzte erklärt in seinem und seiner Freunde Namen (Fraktion Rönne), daß sie in erster Linie für das Amendment Vincke, dann aber für den Kommissionsantrag stimmen wollten. (Der Vizepräsident v. Voelklin Dolfs übernimmt den Vorsitz.) Es handle sich hier nicht um Recht und Recht, sondern um Pflicht und Pflicht. Das Amendment Vincke sei weiter als der Kommissionsantrag, dessen Punkt 2 nicht weit genug gehoben habe; es komme darauf an, den gegenwärtigen Moment ins Auge zu fassen und ihm einen gemeinsamen Ausdruck zu geben. Das Land würde das Amendment Vincke nach den heutigen Erklärungen des Ministers nicht mehr verstehen und Herr v. Vincke müßte eigentlich sein Amendment zurückziehen. Mit Recht sage Herr Gneist, daß es gar nicht darauf ankomme, ob einer Resolution ein wenig der Korrektheit ermangele; den Machtverhältnissen will er Rechnung tragen, aber Recht müsse doch Recht bleiben. Vor 57 Jahren um diese Zeit erlitt Preußen die Niederlage bei Jena; durch ihr eigeins Verhalten habe die Regierung Preußen eine noch stärkere Niederlage beigebracht.

begebracht.
Abg. Plaßmann: Die Situation des Ministeriums sei wieder durch den Antrag Vincke verschlimmert, wie schon einmal der Abg. für Stargard die Regierung durch einen von ihm gestellten Antrag in einer noch schlimmere Lage verlegen habe. Sein Antrag sei unmöglich für die gegenwärtige Sachlage; das Fatale dieses Antrages habe sich heute herausgestellt; denn die Regierung habe erklärt, ihn anzunehmen zu wollen, nachdem ihm das Haus zugestimmt. Der Antrag sei auch ein nicht opportuner, sei gefährlich. Die Regierung dürfe das Extraordinarium pro 1863 nicht mehr verausgaben, darüber sei man einig und es käme nur darauf an, in welcher Form man dies ausbrechen wolle. Je einfacher desto besser, und darum werde er für die Resolution Reichenberg stimmen, denn der Kommissionsantrag enthalte in viel Doctrinen,

verger stimmen, denn der Kommissionsantrag enthalte zu viel Dogmata.
Abg. Schulze (Berlin): Die Sachlage ist durch die Ministerialerklärung eine andere geworden; das haben alle Redner von beiden Seiten anerkannt. Es handelt hier sich nicht bloß darum, zu dem Hause allein zu sprechen, sondern, in solcher Kritik namentlich, auch zum Lande und in einem Lande fälschlichen Sprache. Die unerlässliche Bedingung der Mitwirkung der Landesvertretung zur Feststellung des Etats ist die rechtzeitige Vorlegung derselben. Die Regierung versteht es anders und interpretiert anders und damit beginnt die Aera nicht der Aktion, sondern der Reaktion. Durch die Erklärungen des Ministerpräsidenten ist die Existenz der Verfassung gerade gefährdet. Man kann aber nie eine Bestimmung so interpretieren, daß sie im Sinn entstellt. Wenn wir einen Staatshaushalt bekommen, wo ein Theil bestritten ist, so ist es mit der Mitwirkung aus. Eine solche Interpretation ist schon mit dem Landrecht im Widerspruch. Die Verfassung kennt wohl Ausgaben, die neben und außer dem Etat vorkommen, und daß sie nicht erweigert worden sind. Redner interpretiert nun auch den Artikel 99 und betont das Zustandekommen dessen des Etats, weiß nach, daß eine Vereinbarung nur so weit vorhanden ist, als die Bewilligung reicht. Nun, wir hatten ja aber auch eine zeitige Vorlage des Etats pro 1863; der Missbrauch war abgeschafft; das jetzige Ministerium hat diese Errungenschaft aber wieder genommen. Der Minister sagt: Theorie gegen Theorie, Interpretation gegen Interpretation, ja, dann tritt zulegt der Absolutismus ein, und dierone nimmt ihre ursprüngliche Machtvollkommenheit wieder in Besitz. Es ist ein Grundübel unserer Zustände, daß solche Aufschauungen noch bestehen können. Lücken in der Verfassung werden ergänzt durch die Interpretation der Regierung. Dami werde der Konflikt permanent gemacht. Man kann nicht zugleich konstitutionell und absolut regieren wollen; solche Zustände führen nothwendig zur Auflösung des konstitutionellen Lebens. Ich stehe mit vollster Überzeugung auf dem Boden des Kommissionsantrags; dieser Standpunkt ist unbefechtbar. In Konflikten hat jeder Theil die Verpflichtung zur höchsten Mäßigung und darauf war der Kommissionsantrag beacht. Es ist die Vorlage des Etats pro 1863 gar nicht unmöglich, alle Arbeiten für anzusehen und in einem so weit hat Herr v. d. Horst den Vorschlag

ine einzige Seitenfront der Gebäude gegen 1000 Fuß lang ist, bei einer Breite von 354 Fuß. Der innere Raum zwischen den Lang- und Querflügeln der Gebäude bildet drei große freie Quadratplätze, welche so wie die Räume um die Gebäude und an den Kanälen cementartig chausstirbt, und letztere gartenartig eingerichtet und mit Baumgruppen hergestellt sind.

Ohne auf eine detaillierte Beschreibung der nach den neuesten Erfundenen und Verbesserungen eingerichteten Spinn- und Webemaschine einzugehen, dürfte vorzugsweise des ausnehmend schönen Triebwerkes und der Triebräder und Turbinen zu erwähnen sein, welche das ganze, großartige Werk in Bewegung setzen.

Jedes der vier gutgezähmten Wasserrader hat 30 Fuß Höhe und eben so viel Breite, und wie auch die beiden gleichgroßen Turbinen je 300 Pferdestärke, wonach also zusammen eine Kraft von 1800 Pferden von einem kleinen Theile des Wasserrades erzeugt, in beständiger Thätigkeit ist.

Hierbei ist zu bemerken, daß in den Räumen der sämtlichen Fabrikgebäude durchweg man nichts von Staub oder Schmutz irgend einer Art wahrnimmt, und auch der in solchen Anstalten stets vorhandene Delgeruch ist nicht zu spüren ist, was wohl den dagegen getroffenen Einrichtungen und besonders aber auch der Höhe und Größe der einzelnen Raumabtheilungen und Lokale zuzuschreiben ist. Auch überrascht das blühende und durchweg untere Aussehen der Arbeiter gegen andere derartige Etablissements, wo man größtentheils Leute von blassem Aussehen und matte Gestalten zu sehen gewöhnt ist.

Gegenwärtig finden mit Einrechnung der Beamten, Aufseher, Bäcker, Bächter u. c. gegen 3500 Menschen Arbeit und ausreichenden Lohn in der Fabrik und es giebt Leute darin, welche über einen Rubel Silber täglich verdienen. Die monatliche Löhnung beträgt gegenwärtig 38 bis 40,000 Rubel Silber, also gegen 5 Millionen jährlich. Mehr aber noch als dies muß dem Menschenfreunde in die Augen fallen: die lobenswerthe Sorgfalt, mit welcher die Unternehmer sich nicht nur das leibliche Wohl ihrer Arbeiter und Leute angelegen sein lassen, sondern auch für die Ausbildung, Fortentwicklung und überhaupt für die geistige Wohlfahrt derselben mit einer Umsicht und Liebe Alles thun, wie es nur Eltern für ihre Kinder thun können, welche Aufgabe nicht leicht ist, da der größte Theil der Arbeiter aus ganz unwissen Leuten, wenn nicht schon verwahrlosten Leuten besteht, die schwer und erst nach und nach an Ordnung und regelmäßige Arbeit gewöhnt werden können.

ter geschritten werden. Die Amendments Österrath und Reichensperger haben ihren voraussichtlichen Werth, aber sie wahren nicht das Recht der Volksvertretung und darum wird er dagegen stimmen. Sie sind aber besser, als das Amendment Vinde, zumal nach der heutigen Erklärung des Ministers. Es ist unmöglich, daß sich das Haus bemüht, die Wege anzugeben, auf welchen die Regierung sich aus der Verwickelung, die sie selbst bereitet, herausarbeiten kann. Der von Hrn. v. Vinde vorgeeschlagene Weg ist der Regierung sehr angenehm, denn er führt auf das Feld der faits accomplis; auf dem Terrain der faits accomplis kommt man aber dahin, daß der Absolutismus ein fait accompli wird. Den Gegnern baut man wohl goldene Brücken, mit dem Amendment baut man aber eine Brücke zum Angriff. (Beifall.) In dem Augenblöcke, wo der Minister den Antrag so verstimmt, daß er ihn seiner Motive entkleidet, ist er nicht mehr aufrecht zu erhalten. Der Kampf dauert lange, so leicht ist er nicht zu nehmen. Das ist keine Hand der Versöhnung, die die Regierung bietet; in der ausgestreckten Hand siehe ich nur die Bereitwilligkeit, die Gelder des Landes zu nehmen. (Beifall.) Die Völker, die in die konstitutionelle Bahn einlenken, benutzen doch die gemachten Erfahrungen, und fangen nicht von vorn an. Wir aber fangen nicht einmal erst heute an. Das alte System brach bei dem ersten Heraufkommen des Beitenstromes 1806 zusammen; nicht blutige Kämpfe haben es gerichtet, haben die Umkehr bereitet, aber das Volk hat sein Blut dem Thron gegeben und Verheißungen dafür erhalten. Gerade das Ventilieren der Reaktion aber hat das Reisen des politischen Bewußtheins im Volke unendlich gefördert. Das preußische Staatsleben hat seinen sehr gefundenen Grund; es ist unverwüstlich. Es liegt aber im Gesetz den politischen und physischen Pendelschwingung, daß, weil es nicht mehr nach der einen Seite geht, es sich zur andern wendet. Stehen wir fest. Unter Verhalten ist auf dem sittlichen Gefühl der Nation begründet. Und wenn es einst heißt Theorie gegen Theorie, so werden hoffentlich andere Theorien gelten, als diejenigen, die das jetzige Ministerium aufwirft. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Heidenreich beantragt den Schluß der Diskussion, der auch angenommen wird. — Der Referent Abg. v. Forckenbeck erkennt die Motive des Amendments Vinde als gut und berechtigt an, es sei aber nicht annehmbar, weil es die Wahrung der Rechte des Landes nicht als nothwendig hinstellt. Die Amendments Österrath und Reichensperger sind ebenfalls zurückzuweisen. Hier sei nicht mehr von Staatsüberschreitungen die Rede, sondern von Verfassungsverleugnungen. Die Resolution beziehe sich nicht bloß auf 1863, sondern auch auf 1863, daß ergebe sich aus dem Motiv Nr. 5. Man solle sich nicht so sehr an dem Worte „auftordern“ stören; eine Garantie dafür, daß der Staat vor 1863 schon vor dem 1. Januar 1863 vereinbart sei, könne man von der Regierung ja gar nicht verlangen. Man habe von der Entgleisung gesprochen; so leicht sei sie nicht. Fände sie aber dennoch statt, so werde sie von einem gefährlichen Achtsbruch begleitet sein, und dann würde sich die Regierung zu ganz anderen Koncessionen gezwungen sehen.

wurde sich die Regierung zu ganz anderen Concessionen geswingen sehen.
Zu persönlichen Bemerkungen nehmen das Wort der Abg. Gneist gegen irrtümliche Auskünfte des Abg. Funke. Er habe viel mehr als Rechtsäusserungen ausgesprochen; er habe appellirt an das Staatsgewissen, wie alle Redner vor und nach ihm, weil man wisse, daß dies Gewissen im Lande noch lebt. Möge sich die Regierung mit der Verfassung verführen. — Abg. v. Bünke: Er habe gar nicht denken können, daß der Minister seine Auskünfte in der Kommission desavouiren und heute sich für das Amendinger erklären werde. Er werde für dasselbe und gegen alle andern stimmen. — Das Haus schreitet zur Abstimmung; ein Antrag auf Theilung des Kommissionsvorschages wird verworfen. Das Haus lehnt das Amendinger Osterath mit allen gegen etwa 17, das Amendinger Reichensperger mit allen gegen etwa 19 Mitglieder der katholischen Fraktion ab. Für das Amendinger Bünke erheben sich nur etwa 12 Abgeordnete. Ueber den Kommissionssantrag findet namentliche Abstimmung statt. Es waren überhaupt 287 Mitglieder anwesend; von denen stimmen 251 mit Ja, darunter auch Graf bow und Rohden; mit Nein 36, d. h. ein großer Theil der katholischen Fraktion, die Konservativen, die Fraktion Bünke; Karten enthält sich der Abstimmung. Die Resolution ist also angenommen. Um $2\frac{1}{4}$ Uhr wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Marinekommission über den extraordinairen Kredit. — Gegen die Resolution haben u. A. gestimmt: v. Auerswald, Bender (Dpe), Biernacki, v. Bonin (Genthin), v. Bonin (Stolp), v. Busse, v. Denzin, Evers, Funke, Hobbeling, Hoffmann (Oppeln), Jacob, v. Rathen, Röhne, v. Malinckrodt, v. Mafow, Dr. Menzel, Osterath, v. Patow, v. Puhl, Bläßmann, Reichensperger (Geldern und Beckum), v. Richthofen (Striegau und Jauer), Robertz (Lübeck), v. Sauten-Julienfelde, Dr. Schubert, Graf Schwerin, Graf Strachwitz, Simson, v. Bünke (Stargard und Strehlen). — Beurlaubt sind oder aefehlt haben: 11 Polen, 7 Konservative.

— Wir theilen nachträglich die Rede des Herrn Oberpräsidenten v. Bonin in der polnischen Sprachenfrage nach dem stenographischen Bericht mit:

phischen Brüder mit.
Abg. v. Bonin (Genthin): Die beiden Redner, welche so eben die Tribüne verlassen haben, haben in Beziehung auf die uns vorliegende Petition, über welche sich der Petitionsbericht der Kommission ausspricht, wenig beigebracht. Sie haben im Allgemeinen den Petitionsbericht bemängelt, und ich muß es dem Herrn Referenten der Petitionskommission überlassen, diesen Aufführungen entgegenzutreten. Dagegen sind die Herren sofort in das ja hier schon
(Fortsetzung in der Beilage.)

So musste denn für Wohnungen, Bäckereien &c. gesorgt werden, und auf einem der Manufaktur gehörigen Territorium, das durch eine am Wasserfall hin, über die Narova führende Brücke mit der Insel verbunden ist, steht jetzt ein ansehnlicher Ort, dessen nett und sauber aus Holz ausgeführte Gebäude recht zweckmäßig eingerichtet sind und helle, geräumige Wohnungen den Arbeitern und dem zugehörigen Personale gewähren. Für die unverheiratheten Leute sind Kochanstalten errichtet, wo dieselben billige und nahrhafte Beköstigung finden und die, so wie die Hauptbäckerei, unter Administration der Manufaktur stehen und den Bedürftigen Lebensmittel und Brot zum Selbstkostenpreise liefern.

In einer ganz zweckmäßig eingerichteten Schule werden Kinder in deutscher, russischer und estnischer Sprache in den Abendstunden unterrichtet und in einer recht ansprechend eingerichteten Kirche wird zu verschiedenen Zeiten des Sonntags Gottesdienst für die Gläubigen der griechischen, der katholischen Konfession gehalten.

Eine eingeführte Krankenkasse versorgt die Kranken und gewährt ihnen Medikamente, Arzt und Unterstützung durch die Dauer der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, und eine Bewahranstalt für Kinder, deren Eltern in der Fabrik arbeiten und ihre Kinder nicht beaufsichtigen können, ist in der Anlage begriffen. Eine mit der Verwaltung der Manufaktur verbundene Sparkasse nimmt von den Arbeitern Einlagen, verzinst sie und gibt so die Gelegenheit, daß die Leute für das Alter und Fälle der Notth einen Fonds sich bilden können. Gegenwärtig beläuft sich der Bestand dieser Kasse schon auf 12—13,000 Rubel Silber.

Diejem großen Ganzen und dessen Verhältnissen, die in vielfacher Hinsicht schwierig und verzweigt sind, steht ein Mitinteressent der Manufaktur, Herr Kolbe, mit Umsicht und Liebe zur Sache als Dirigent vor, und verdient und rechtfertigt das Vertrauen seiner Herren Aßociés nicht nur vollkommen, sondern besitzt auch die Liebe und Abhänglichkeit seiner Untergebenen und

Aller, die mit ihm in Berührung kommen. — Besonders ist die liebenswürdigkeit und freundliche Güte, die Herr Kolbe in der Behandlung der in der Fabrik arbeitenden Leute jeden Alters und Geschlechts zu loben und zugleich anzuerkennen, wie er seinen Einfluss und die ihm zu Gebote stehenden Mittel überall uneigennützig zum Wohle der Leute geltend zu machen bestrebt ist.

Bei den, jetzt für den Bezug der Baumwolle aus Amerika ungünstigen Verhältnissen, hat die Direktion, um den Betrieb nicht stocken zu lassen, ange-
fangen Baumwolle aus England einzukaufen.

öster verhandelte Thema eingetreten über die politische Stellung der Provinz Posen zum preußischen Staat und über die Stellung der polnischen Bevölkerung in der Provinz Posen in Beziehung auf die Wiener Verträge, auf den von dem Herrn Vorredner besonders erwähnten Staatsakt, den Aufruf des Königs Friedrich Wilhelm III., um darzuthun, daß die polnische Bevölkerung in der Provinz Posen in ihrem Rechte gekräntzt sei, daß ihr gegenüber das Gesetz nicht erachtet werde, und daß in Folge dessen eine Missstimmung in der polnischen Bevölkerung der Provinz Posen — so, glaube ich wenigstens, habe ich diese Erklärung nur aufnehmen können, — sich immer mehr und mehr Bahn bräcke.

Zunächst, meine Herren, habe ich darauf zu erwidern, daß, weil die verehrten Herren Vorredner nicht die von mir besonders betonte Untertheidung gemacht haben, nämlich, daß ich annehme, Sie haben nur gesprochen im Namen der polnischen Bevölkerung der Provinz Posen, ich mich umso mehr verpflichtet fühle, dies zunächst hier hervorzuheben. Die Herren haben ganz gewiß kein Mandat, im Namen der Provinz Posen zu sprechen, denn in der Provinz Posen besteht neben der polnischen Bevölkerung eine ihr fast der Koprozahl nach gleichstehende, in allen anderen Beziehungen ne aber überragende deutsche Bevölkerung. (Hört! rechts.)

Die Herren haben vorzugsweise der Regierung ein Germanisierungssystem vorgeworfen, sie haben Alles, was sie als gegen die Gesetze von der Regierung begangen vorgetragen haben, als die Folgen dieses Germanisierungssystems darzutellen sich bemüht. Sie haben besonders hervorgehoben, es werde die Germanisierung in despotischer Weise in der Provinz Posen jetzt noch von der Regierung fortgesetzt und verfolgt. Gestatten Sie mir, meine Herren, daß ich einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit auf eine frühere Periode lenke, die der Zeitperiode, gegen welche diese Ausführungen gerichtet sind, lange und Jahrhunderte lang vorausgeht. Ich habe bereits bei einer früheren Veranlassung Gelegenheit gehabt, hierauf hinzuweisen, indem ich bemerkte, man möge sich doch vergesammeln, wie lange denn schon im ehemaligen Königreich Polen die Kolonisation durch Deutsche im Gange sei. Diese Kolonisation geht wirklich schon viele Jahrhunderte hinaus, sie geht bis ins Mittelalter zurück. Es war immer nur das deutsche Element, welches auch unter dem Bestehen des polnischen Reiches in das damalige Königreich Polen hineingezogen wurde. Wenn eine solche Kolonisation hunderte von Jahren fortgesetzt worden ist, so sollte man glauben, daß sie schon größere Erfolge erreicht haben würde, als wie sie in der früheren Zeit wirklich nur erreicht hat. Das lag darin, weil in vollständiger systematischer Weise dem Festzen des deutschen Elementes, welches durch die Kolonisation in das Königreich Polen hineingezogen wurde, entgegengetreten wurde, indem man sich bemühte und mit vollem Rechte bemühte, so lange das Königreich Polen als solches bestand, dir in dasselbe aufgenommenen deutschen Elemente zu polnischen Elementen umzustalten.

Ganz dasselbe Bestreben, aber nicht dasselbe Recht, meine Herren, besteht auch in diesem Augenblide noch. Die Deutschen haben auf das Entscheidendste darüber zu klagen, daß das Germanisierungssystem auch jetzt mit der größten Lebhaftigkeit von Seiten der polnischen Bevölkerung sorgsam gepflegt wird. (Hört! Hört!)

Meine Herren, der geehrte Herr Redner, der zuletzt die Tribüne verlassen hat, hat in seiner Rede besonders betont, daß er dem geistlichen Stande angehört. Dieser geehrte Herr Redner hat in Bezug auf die Sprachenfrage besonders die Stellung der Regierung zur Geistlichkeit hervorgehoben.

Ich muß die von mir eben aufgestellte Behauptung, daß das Germanisierungssystem auch jetzt mit der größten Energie fortgeführt werde, namentlich und zunächst an den geistlichen Stand in der Provinz richten. Während der ganzen Kolonisationsperiode hat die katholische Kirche nie die geringste Veranlassung genommen, den zugezogenen Deutschen irgendwie die Befriedigung ihres religiösen Bedürfnisses dadurch zu erleichtern, oder auch nur zu ermöglichen, daß dafür Vorsorge getroffen wäre, mit den hereingezogenen katholischen Deutschen auch deutsche Prediger in die Provinz zu bringen. Die katholischen Deutschen, die in die Provinz gekommen sind, sind von Anfang an auf den Gottesdienst in polnischer Sprache verwiesen gewesen, und auch in diesem Augenblide ist es für die Regierung oft mit den allergrößten Schwierigkeiten verknüpft, der allmälig stärker gewordenen katholischen deutschen Bevölkerung die Befriedigung ihres religiösen Bedürfnisses in ihrer Muttersprache zu verschaffen, indem auch jetzt noch in den katholischen Kirchen fast ausschließlich Polnisch predigt wird.

Es liegt auf der Hand, daß ein solches Verfahren der Ausbreitung oder dem Erhalten der deutschen in das Land eingewanderten Elemente ein ebenso großes Hindernis entgegenstellen, als dem Hineinziehen derselben in das Polnische Element durch Vermittelung der Kirche einen großen Vorschub leisten müsste. Auch jetzt noch kommen in sehr vielen Fällen die allerdringendsten Bitten von Seiten der deutschen Bevölkerung an die Regierung, dafür Fürsorge zu treffen, daß in den Kirchen deutsch predigt werde, weil sie des polnischen nicht mächtig sind und es gelingt nur in sehr wenigen Fällen, durch die geistlichen Behörden das zu erreichen, was von diesen Leuten doch mit vollem Rechte gefordert werden kann. Es wird nun von der entgegengesetzten Seite behauptet, man habe vorzugsweise die Sprache und die verschiedenen Anforderungen, die in Beziehung auf den Gebrauch der deutschen Sprache in dem geschäftlichen Verkehr gemacht würden, benutzt, um dadurch dem Germanisierungssystem förderlich zu werden. Man hat gesagt, die Regierung sei bemüht, die Frage wegen der Gleichberechtigung der Sprache, von der übrigens in allen öffentlichen Akten, die die Herren Vorredner angeführt haben, nicht die Rede ist, sondern in welchen immer nur ausgesprochen ist, daß neben der deutschen Sprache auch die polnische Sprache gebraucht werden solle, zu verschieben. Die Herren haben behauptet, man strebe dahin, die wichtige Sprachenfrage auf eine bloße Bedürfnisfrage zu reduciren. Meine Herren! das ist tatsächlich nicht der Fall, sondern es handelt sich lediglich darum, auch in Bezug auf die Sprachenfrage, dem Rechte, welches der polnischen Bevölkerung sich der selben unterwerfen zu müssen nicht genötigt zu sein glaubt. Das bei einer solchen Auffassung Differenzen nicht ausbleiben können, liegt auf der Hand. Wenn aber wiederholt hervorgehoben worden ist, man habe die Sprachenfrage jetzt zu einer reinen Bedürfnisfrage gemacht, so erlauben Sie mir (zu den Polen gewendet) darauf Ihnen zu erwidern, daß, wenn, wie es öfter vorgekommen ist auch in der allerneuesten Zeit, den Vorschriften des Sprachenregulativs entspreche, auf eine den Behörden in deutscher Sprache eingegangene Eingabe eines polnischen Bewohners der Provinz, ein deutscher Bescheid erfolgte, ohne polnische Übersetzung, dadurch doch wirklich konstatirt ist, daß für den betreffenden Petenten ein Bedürfnis für den Gebrauch der polnischen Sprache in keiner Weise vorliegt; — wenn derselbe Petent aber im Berfolg derselben Sache sich veranlaßt sieht, in einer zweiten Eingabe in polnischer Sprache sich an die Behörden zu wenden — es gewiß nicht vor kommt, oder wenn es vorgekommen sein sollte, es auf einem enthieltenen Versehen beruht, daß diese zweite in polnischer Sprache eingebrachte Eingabe nur in deutscher Sprache beantwortet worden, diese Eingabe in polnischer Sprache wird dann stets mit polnischer Übersetzung beantwortet werden. Der Fall ist in der neuesten Zeit, wie mir erinnerlich ist, noch vorgekommen bei Veranlassung der Verhandlung, die auch hier Gegenstand der Berathung des Hauses gewesen ist, in Beziehung auf den polnischen landwirtschaftlichen Centralverein. Der Vorstand des Göttner Vereins beeindruckte mich mit seinem Besuch. Wir unterhielten uns in deutscher Sprache. Darauf hatten die Herren die Güte, mir ihr Gespräch schriftlich vorzulegen in deutscher Sprache. Ich beschied sie in deutscher Sprache, erfuhr sie aber noch um einige Auskunft. Sie haben mir dieselbe in polnischer Sprache ertheilt und ich antwortete ihnen in deutscher Sprache mit polnischer Übersetzung. Sie sehen daraus, meine Herren, daß keineswegs die Bedürfnisfrage darüber entscheidet, sondern allein das Gesetz und daß wir das Regulativ für ein Geetz halten und halten müssen, darüber ist, glaube ich, außer bei Ihnen, meine Herren, (zu den Polen gewendet), kein Zweifel; denn alle Anträge, die von Ihnen früher in dieser Beziehung gestellt sind, haben die entschiedenste Ablehnung seitens des Hauses erhalten.

Sie haben mehrere andere Momente hervorgehoben, durch welche Sie dieses „despotische systematische Germanisierungssystem“ näher darzulegen versucht haben. Sie haben des Tempelhofischen Vereines Erwähnung ge-

thaben, der sich gebildet hat zur Wahrung der deutschen Interessen. Nun, meine Herren! (zu den Polen gewendet) Sie haben einen andern Verein gebildet, der sich Tellus nennt, der es sich zur Aufgabe stellt, die polnischen Interessen zu wahren, die Güter in den Händen der poln. Besitzer zu erhalten und darum zu streben, daß die Güter möglichst wieder in die Hände von Polen gelangen.

Dieser Polonisirungs-Tendenz gegenüber genügte es nicht, die Hände in den Schoß zu legen; die Deutschen mußten sich ebenfalls rüthen, um einigermaßen ihre Interessen zu sichern. (Heiterkeit bei den polnischen Abgeordneten.)

Sie haben, wie es auch in den Petitionen verschiedentlich dargethan ist, sich darüber beschwert, daß für Zahlungen, die aus der königlichen Kasse geleistet werden sollten, die Quittungen von Ihnen in deutscher Sprache verlangt würden. Die Quittungen sind ja aber nicht allein für die zahlende Kasse erforderlich, sondern sie müssen als Rechnungsbelege hinaufgehen bis an die Oberrechnungskammer. Dessenungeachtet verlangen Sie, man soll Ihnen auf eine polnische Quittung zahlen. Ich glaube nicht, daß die Oberrechnungskammer im Stande sein würde, zu prüfen, ob die polnische Quittung den Vorschriften entspricht.

Wie ich auch schon hier vor längerer Zeit, und zwar im Laufe des vorigen Jahres, ausgeführt habe, verlangen Sie dagegen wieder zu den Polen sich wendend, daß, wenn ein deutscher Handwerker Ihnen etwas gearbeitet und abgeliefert hat, er Ihnen seine Rechnung in polnischer Sprache ertheilen soll, — sonst wollen Sie nicht zahlen.

Sie haben in früherer Zeit auf den Gütern der polnischen Besitzer in der allergrößten Ausdehnung deutsche Wirtschaftsbeamte gehabt; Sie werden nicht in Abrede stellen können, daß vorzugsweise durch die Bemühungen und durch die Intelligenz dieser deutschen Wirtschaftsbeamten die Kultur Ihrer Güter in einem sehr bedeutenden Maße gehoben ist. In allerneuester Zeit haben Sie jedoch unter sich beschlossen, sämtliche deutsche Wirtschaftsbeamte zu entlassen, auch ferner keinen deutschen Wirtschaftsbeamten mehr anzunehmen. Wollen Sie das noch nicht als eine Polonisirungstendenz anerkennen?

Ich könnte Ihnen in dieser Beziehung noch eine Menge von Material, welches wirklich in vieler Hinsicht zu kleinlich erscheint, um es hier zu erwähnen, vorführen; da aber nun noch in der äußeren Ercheinung, und zwar in allerhöchster Verbindung mit den politischen Ereignissen in unserem Nachbarlande, eine nationale Demonstration zu Tage getreten ist, die sich in der Kleidertracht geltend macht, so erlauben Sie mir nur noch ein Beispiel, auch in Beziehung auf diese Polonisirungstendenz, Ihnen hier vorzuführen. Es besteht in der Provinz die Sitte, daß die meisten Geschäfte durch die Vermittlung von sogenannten Faktoren gemacht werden. Die Faktoren gehören zum Theil der jüdischen Bevölkerung an, und die jüdische Bevölkerung trägt sich im Allgemeinen so, wie die deutsche sich in ihrer Kleidung trägt. Seitdem jene Kleider-Demonstration, die in Trauer-Kleidungen und polnischen Nationaltrachten sich darstellt, weiter um sich geärrt hat, so wird mit einem Male an diese jüdischen Faktoren die Forderung gestellt, sie sollen sich polnische Röcke anziehen, sonst würde man keine Geschäfte mehr mit ihnen machen. (Hört! Hört!) Ruf aus der polnischen Fraktion: Wo? Wer? Beweis!

Der würde gestützt werden können. Ich wiederhole, daß ich auf diese einzelnen Punkte, auf diese Details nicht weiter eingehen will, von denen ich allerdings auch noch andere Sachen vorzubringen haben würde. Nun aber, meine Herren, erlauben Sie mir noch, daß ich auch auf die polnische Seite, welche die beiden Herren besonders hervorgehoben haben, noch auf einen Augenblick zurückgehe.

Wenn das Bestreben der polnischen Bevölkerung in der Provinz Posen das wäre, was man von dieser Bevölkerung erwartet habe, als sie wieder unter das Scepter der Könige von Preußen zurücktrat, — denn daß sie zurückgetreten ist, das bestreiten die Herren auch nicht, da der fröhliche Besitz stattgefunden hat, — wenn die Erwartungen befriedigt worden wären, die man damals gehabt hat, dann glaube ich, meine Herren, würde keine Veranlassung vorliegen zu diesem gegen seitigen feindeligen Gegenübertreten, von dem der lezte Herr Vorredner namentlich gesprochen hat. Ich will nichts Spezielles über diese Vorgänge anführen; wozu hier Sachen anregen, die ja so allgemein bekannt sind; aber, meine Herren, das ist doch keine Frage unterworfen, daß bei den Wiener Verträgen die polnische Sache nicht so ohne Weiteres an die Spitze der Verhandlungen gestellt ist, sondern daß sie nur deshalb an die Spitze gestellt wurde, weil es diese Frage war, über welche sich die damals alliierten Mächte zunächst, und zwar unter sich zunächst zu vereinigen hatten. (Sehr richtig!)

Wenn aber diese Vereinigung unter den alliierten Mächten zu Stande gekommen ist, so ist nicht zu begreifen, wie Sie, meine Herren, sich berufen fühlen können, um Interesse dieser oder im Sinne dieser Mächte zu behaupten, der preußische Staat habe die Verpflichtung nicht erfüllt, die er gegen Preußen und Russland eingegangen sei. Sie haben vollkommen recht, sich zu beklagen, wenn Sie glauben, sich in Ihrem Rechte speciell gekräntzt zu fühlen, aber ich kann Ihnen das Recht nicht einräumen, im Namen der Monarchen und Staaten hier zu sprechen, welche die Wiener Verträge abgeschlossen haben. (Sehr richtig!)

Die polnische Sprachenfrage ist allerdings ein Gegenstand, der mit sehr wenigen Ausnahmen nur von dem gebildeten Theile der Bevölkerung jetzt in die Wege geleitet ist, in welchen sie sich leider befindet, und namentlich führt mich die Bemerkung des Herrn Vorredners auch in dieser Beziehung wieder auf die Geistlichkeit. Der Herr Vorredner hat bemerkt, daß bis zum Erlaß der Verfassungsurkunde den Bestimmungen des Sprachenregulativs gemäß auch die Korrespondenz der oberen geistlichen Behörden mit den unteren geistlichen Behörden in deutscher Sprache geführt worden sei, weil damals Kirche und Staat noch nicht in der Weise von einander getrennt gewesen seien; daß die Kirchenbediensteten nicht ohne Weiteres auch als Staatsbedienstete angesehen werden konnten. Seit dem Erlaß der Verfassungsurkunde hat sich die Verhältnisse geändert, und die Korrespondenz der oberen geistlichen Behörden mit ihren Unterkörpern wird vollständig in polnischer Sprache geführt. Die Korrespondenz zwischen den Verwaltungsbehörden und den geistlichen Behörden konnte aber natürlich keine Aenderung erleiden und in Folge dessen wird auch die Korrespondenz zwischen dem Hrn. Erzbischof, zwischen den Generalconsistorien und dem Oberpräsidenten und der Regierung fortgesetzt in deutscher Sprache geführt. Aber eine kleine Rückwirkung dieser veränderten Einrichtung bei den geistlichen Behörden haben wir doch auch schon erfahren. Den deutschen Aufschreiben, denen oft Anlagen beigegeben werden müssen, werden häufig die in polnischer Sprache beigesetzt.

Wenn die Korrespondenz zwischen den geistlichen und weltlichen Behörden nur in deutscher Sprache geführt wird, dagegen die Korrespondenz zwischen den geistlichen und weltlichen Behörden nur in deutscher Sprache geführt werden soll, dann, glaube ich, gehört auch dazu, daß die Anlagen in derselben Sprache beigesetzt werden, in welcher die Aufschreibungen selbst erlassen waren. Wenn nun aber die Herren Geistlichen in der letzteren Zeit — ich wiederhole, alles dieses rührt aus der letzteren Zeit her, nicht aus der Zeit seit Erlaß der Verfassungsurkunde, sondern erst seit einem andertalb, höchstens zwei Jahren — wenn die Herren Geistlichen, die im Auftrage der Staatsregierung die Schulen beaufsichtigen, die im Auftrage der Regierung die Civilstandsregister führen, wenn die Herren Geistlichen, die bis dahin stets in deutscher Sprache ihre offiziellen Berichte eingerichtet und ihre Listen in deutscher Sprache geführt haben, wenn die Herren Geistlichen nun auf einmal anfangen, Alles in polnischer Sprache der Regierung vorzulegen, weil sie behaupten, daß Geistliche jetzt gänzlich emanzipiert zu sein, sich plötzlich nur nach den Vorschriften ihrer geistlichen Vorgesetzten zu richten zu haben: so werden Sie mir zugeben, daß selbst mit geringerer Energie, als hier der geehrte Herr Vorredner mir eben vorher augerichtet hat, es wohl nicht zulässig war, diesen Bestrebungen der Herren Geistlichen ruhig zuzusehen, sondern, daß die Regierung genötigt war, mit entschiedenen Maßregeln dagegen einzutreten, um das Verfahren wieder so herzustellen, wie ihrer Auffassung nach es gesetzlich hergestellt werden mußte. (Sehr gut!)

Der Vorredner hat, glaube ich, das frühere Verfahren der Herren Geistlichen mit einer gewissen superabundantia cordis gerechtfertigt, wenn ich nicht mißverstanden habe. Nun, meine Herren, ich glaube nicht, daß die Regierung bei Ihnen noch eine besondere superabundantia cordis in Anspruch nimmt; die Regierung findet sich aber auf dem Standpunkt, auch von Ihnen verlangen zu müssen, daß Sie sich in die bestehenden Gesetze fügen, und daß Sie auch ihrerseits darnach streben, dem Rechte und dem Gesetze volle Geltung zu verschaffen. (Bravo!)

Der Herr Vorredner hat hervorgehoben, es sei für die Provinz ein höchst unerfreulicher Zustand, wenn statt Liebe, Vertrauen und geselligen Handelns und Wandels, wenn statt der Vaterlandsliebe das schenksame Ange-

sicht des nationalen Hasses sich zeige. Ja, meine Herren, das ist wahr aber von Seiten der deutschen Bevölkerung, das, glaube ich, im Namen derselben aussprechen zu können, und von Seiten der Behörden, das kann ich bestimmt in ihrem Namen aussprechen, ist von einem nationalen Hass auch nicht entfernt die Rede. Die Bewohner Posen polnischer Nationalität stehen vor dem Gesetze und den Behörden gegenüber ganz vollständig gleich mit den Bewohnern deutscher Nationalität in der Provinz Posen. Aber, meine Herren, die Bewohner polnischer Nationalität müssen auch wie die Bewohner deutscher Nationalität sich dem Gesetze so fügen, wie die Ordnung des Staates es fordert. (Bravo!)

Sie haben bei verschiedenen Gelegenheiten der Regierung vorgeworfen: die Regierung suchte durch allerlei kleinlich Mittel Ihnen zu schaden. Sie in Nachteil zu stellen — es war neulich wieder die Rede davon hier. — Meine Herren, das ist nicht der Fall, die Regierung will weder Sie germanisieren, noch will sie irgendwie Ihnen Unrecht thun; wenigstens soweit ich in dieser Beziehung irgendwie mitzuwirken habe, kann ich Ihnen das verichern — aber die Regierung will, daß Sie Preußen werden sollen, und das, meine Herren, ist die große Klippe, an der bisher wir noch gescheitert sind.

Ich habe schon vor längerer Zeit, und zwar im Laufe des vorigen Jahres, ausgeführt habe, verlangen Sie dagegen wieder zu den Polen sich wendend, daß, wenn ein deutscher Handwerker Ihnen etwas gearbeitet und abgeliefert hat, er Ihnen seine Rechnung in polnischer Sprache ertheilen soll, — sonst wollen Sie nicht zahlen.

Sie haben in früherer Zeit auf den Gütern der polnischen Besitzer in der allergrößten Ausdehnung deutsche Wirtschaftsbeamte gehabt; Sie werden nicht in Abrede stellen können, daß vorzugsweise durch die Bemühungen und durch die Intelligenz dieser deutschen Wirtschaftsbeamten die Kultur Ihrer Güter in einem sehr bedeutenden Maße gehoben ist. In allerneuester Zeit haben Sie jedoch unter sich beschlossen, sämtliche deutsche Wirtschaftsbeamte zu entlassen, auch ferner keinen deutschen Wirtschaftsbeamten mehr anzunehmen. Wollen Sie das noch nicht als eine Polonisirungstendenz anerkennen?

Ich gestatte mir zum Schluss, Ihnen noch einige zwar nicht in ganz ge- genauen Zahlen darzulegende statistische Notizen zu geben, die ich in früherer Zeit vielleicht in noch bestimmteren Zahlen darzulegen vermag. Bereits in der 55. Sitzung der Session von 1861 habe ich über die Seelenzahl der deutschen und polnischen Bevölkerung, wie über das Verhältnis der deutschen und polnischen Sprachen gegeben. Inzwischen haben wir am Schluß des vorigen Jahres eine Volkszählung gehabt, die ergeben hat, daß eine erfreuliche Zunahme der Bevölkerung auch in der Provinz Posen stattgefunden hat. In runden Zahlen beträgt die Bevölkerung der Provinz ungefähr 1,500,000 Seelen. Unter diesen 1,500,000 befinden sich 800,000 Bewohner polnischer Nationalität.

Sie sehen also, daß die polnische Bevölkerung der Koprozahl nach noch überwiegt. Es ist noch eine Seite hervorzuheben, in welchem das polnische Element auch jetzt dem deutschen noch voransteht, nämlich in dem Besitz der Rittergüter. Es ist vielfach darüber gestagt worden, der Staat habe namentlich unter der Verwaltung eines meiner Amtsvergänger sehr viel zur Germanisierung der Provinz dadurch gehabt, daß er Güter aus polnischen Händen erworben, und wieder in deutsche Hände gebracht habe. Es ist schon erwähnt, daß diese Operationen des Staates in die ungünstige Zeit fallen, wo es für den ländlichen Grundbesitz sehr schwer war, sich zu halten und wo es an Kaufmännern fehlte, um die Grundstücke, die nicht mehr in den Händen der Bevölkerer bleiben konnten, zu übernehmen. Der Staat trat in diese Katastrophe ein, er suchte Güter zu kaufen, und sie wieder in andere Hände zu bringen. Der Erfolg hat aber noch keineswegs dahin geführt, daß die größere Zahl der Rittergüter sich in den Händen deutscher Besitzer befindet, im Gegenteil befinden sie sich noch in den Händen polnischer Besitzer und dem entsprechend zahlen auch die polnischen Rittergutsbesitzer in dieser Zeit noch etwas mehr an Grundsteuer, als die deutschen Besitzer von Rittergütern im Ganzen bezahlen. Dagegen ist, meine Herren, und das ist wiederholt, wenn Sie glauben, sich in Ihren Rechten speziell gekräntzt zu fühlen, aber ich kann Ihnen das Recht nicht einräumen, im Namen der Monarchen und Staaten hier zu sprechen, welche die Wiener Verträge abgeschlossen haben. (Sehr richtig!)

Dass der städtische Grundbesitz, das städtische Gewerbe und der Handel vorzugsweise in den Händen der Deutschen ist, das habe ich schon in der 55. Sitzung erwähnt; ich kann es nach den neuesten Aufnahmen auf das Allerbestimmte hier wiederholen: der städtische Grundbesitz ist in ganz überwiegendem Maße nicht in den Händen der Polen; die Polen steuern an Gewerbesteuer, an Klafeinsteuern, an Einkommensteuer entschieden im Ganzen jetzt schon weniger, als die Deutschen der Provinz, und diesen Erscheinungen gegenüber, meine Herren, behandeln Sie die Frage, die uns hier vorliegt, als eine Frage der polnischen Provinz Posen!

Ihr Bestreben, die Provinz Posen noch immer als eine polnische Provinz darzustellen, ist ein neuer Beweis dafür, daß Sie sich bemühen, so viel als irgend möglich die Provinz wieder zu einer polnischen zu machen und resp. nach Außen hin als eine polnische erscheinen zu lassen. — Das ist aber ganz unrichtig; die Provinz ist keine polnische und wird auch keine polnische Provinz werden. Sie behaupten, daß nicht zu wissen (Ruf: Das mag Gott wissen!), ich glaube das mit Sicherheit annehmen zu können, und meiner Auffassung nach wird es auch so kommen, wie ich es gesagt habe. Sie haben auf die Grenzen der Provinz und vorzugsweise darauf Gewicht gelegt, daß in den Wiener Verträgen die polnische Nationalität als ein in sich abgeschlossenes Ganze dem preußischen Staat überlebt worden sei, und daß die polnische Nationalität aus den Wiener Verträgen die Berechtigung erhalten habe, sich als solche konservert zu sehen; Sie haben angedeutet, es sei die nationale Repräsentation nicht gewahrt, die dort stipuliert worden sei. Meine Herren, ich frage Sie, hat

russischen Regierung für den Preis von ca. 2 Millionen Silberrubel abgekauft. Schon früh schafften die Grafen Szamostki auf ihren zahlreichen Gütern die Leibeigenschaft ab, und es waren ihnen einige ehemalige südpreußische Beamte, welche sie engagiert hatten, bei der Regulierung der bäuerlichen Verhältnisse sehr hilfreich.

[Der Konfikt] innerhalb der hiesigen Schützengilde ist noch nicht ausgeglichen; vielmehr geht ein Theil des Vorstandes auf statutenwidrigem Wege weiter, indem der polnische Vorsteher Szymanski ohne Wissen des zweiten Vorsteher Generalsammlungen beruft und Beschlüsse fassen lässt. Wenn die Annahme richtig ist, daß der z. Szymanski sein Amt so lange fortzuführen habe, bis der neue Vorstand bestätigt ist, so gilt dies doch vielmehr von dem zweiten Aeltesten (Hänsch), der noch gar nicht, wie Szymanski, eine formelle Erklärung seines Rücktritts abgegeben, die mündlich vor längerer Zeit abgegebene aber wieder zurückgenommen hat. Sz. ist also auf keinen Fall befugt, allein die Funktionen der Aeltesten auszuüben. Es ist ebenso statutenwidrig, wenn der Verwaltungsrath annimmt, daß die zurückgewiesenen zur Aufnahme in die Gilde Angemeldeten sich erst nach Jahresfrist wieder melden können. Solche Bestimmung enthalten die Statuten nicht.

[Ein schlechter Tag.] Bei einem hiesigen Hausbesitzer wohnte im dritten Stockwerke mit ihren Eltern eine junge Dame, deren Ansichten und Ansichten durchaus nicht mit denen des §. 146 des Strafgesetzes harmonierten. Trotzdem dieselbe im Hause selbst keine Veranlassung zu Klagen gab, fand die Gattin des Hausbesitzers es doch für geraten, der jungen Dame mit ihrem Eltern zu Michaeli zu kündigen. Eines Tages nun, als der Hausbesitzer gar nicht zu Hause war, mietete eine anständige Frau so gleich auf längere Zeit von der Gattin des Hausbesitzers jene Wohnung. Der Schreck der letzteren war jedoch kein geringer, als sie erfuhr, daß die junge Frau noch drei Schwestern zu sich aufnehme, deren Ansichten und Ansichten noch in weit höherem Maße, als es bei jener jungen Dame der Fall war, von denen des §. 146 des Strafgesetzes abweichen. Aber leider läßt sich der Mietkontrakt nicht rückgängig machen. So hat denn ein widerwärtiges Geschick der Gattin des Hausbesitzers dreifach dasjenige ins Haus gefordert, was sie einfach nicht ertragen zu dürfen glaubte, und ihr auf eine höchst ungemeine Weise die Überzeugung beigebracht, daß auch die flüchtige Frau oft aus dem Hause kommen kann.

[Berichtigung.] In der gestrigen Nummer unserer Zeitung wurde berichtet, daß die wegen Übertretung der §§. 10 und 12 des Vereinsgesetzes angeklagten Personen, welche sich am 27. Febr. an dem v. Kierzkowski'schen Begräbnisse als Ordner und Leiter, theilweise als Fahnenträger &c. beteiligt hatten, gestern in 2. Instanz freigesprochen worden seien. Dieses Referat beruht auf einem Irrthum: denn die Angeklagten standen nur vor dem Polizeirichter, welcher allerdings annahm, daß eine Übertretung des §. 10 nicht stattgefunden habe, indem das erwähnte Leichenbegängnis zu den gewöhnlichen gerechnet werden müsse, daß also ein vorherige Anzeige bei der Polizeibehörde nicht erforderlich sei. Seitens der Polizeiamtschaft wurde die Anklage aufrecht erhalten und das Rechtsmittel sofort angemeldet. (Der gestrige Bericht war dem „Dziennik pozn.“ entnommen.)

+ Grätz, 7. Oktober. [Enorme Holzpreise.] Wie sehr es in der hiesigen Gegend schon an dem nötigen Brennholz mangelt, beweisen die hohen Preise, welche gestern auf dem im Sielinkoer Walde abgehaltenen Holzsäktionstermine gezahlt worden sind. Ungefähr 150 Klaftern Eichenholz waren zu verkaufen und gegen 200 Vicitanen hatten sich eingefunden, von denen der größte Theil noch Aufträge hatte, für Andere mitzufauen. Jeder mußte Holz haben, und da sonst nirgends Holz zu bekommen ist, so wurde die Klafter mit 9 und 9½ Thlr. bezahlt. Rechnet man nun noch Anfuhrlohn mit wenigstens 1 Thlr. und Hakenlohn mit 20 Sgr. hinzu, so kommt die Klafter 11 Thlr. und darüber. Im vorigen Jahre wurde auf solchen Holzsäktionsterminen die Klafter Eichenholz mit höchstens 4½ Thlr. bezahlt; der Preis hat sich also verdoppelt. In Folge der vorjährigen niedrigen Holzpreise hier selbst ist im Laufe des Sommers in der Umgegend nur wenig Dorf gesuchten worden, weil man ihn nicht loszuwerden glaubte. Die wenigen hunderttausend Stück sind daher schon vergriffen. Wer sich daher für den Winter noch nicht mit dem nötigen Brennmaterial versehen hat, wird sich auf eigene Kosten (die Wirthen verstecken sich nicht leicht dazu) den Ofen zum Steinofenbrennen umsetzen lassen müssen, denn obgleich der Scheffel Steinkohlen 12 Sgr. kostet, so wird man doch damit billiger heizen, als mit Holz zu jolchem Preis.

+ Krotoschin, 7. Oktober. [Verkauf des Stadtwaldes; Einlieferung eines Deserteurs; Raub; jüdischer Rektor.] Allgemeines Tagesgespräch bildet hier der von einem Theile der Vertreter unserer Stadt projektierte Verkauf unseres Stadtwaldes. Wenn auch zugegeben werden muß, daß der jährliche Nettoertrag von 1500 Thlr. von einer 2000 Morgen großen Forstfläche nicht sehr bedeutend ist, so ist doch andererseits in Erwägung zu ziehen, welchen bedeutenden Mehrertrag der Wald in 10 bis 20 Jahren haben wird, welche große Anzahl von armen Tagelöhnnern und Häuslern unserer Stadt das ganze Jahr hindurch ihr nötiges Brennholz unentbehrlich sich aus dem Stadtwald holen, die, falls der Wald veräußert werden sollte, zum größten Theil auf Unterstützung aus dem Stadtkassenfonds Anspruch machen würden. Der Letztere müßte daher fünfzig um 1—2000 Thlr. jährlich erhöht werden. Ein Wald, erst in des Kaufmanns Hand gelangt, wird in kurzer Zeit heruntergehauen. Wir leben daher in der guten Hoffnung, die königliche Regierung wird, falls die Ausführung des Projektes seitens der Stadtverordneten sollte beschlossen werden, die Bestätigung hierzu versagen und so der hiesigen Stadtgemeinde ein so schätzbares Kapital zu erhalten suchen. Ein Kaufmann aus Lissa hat bereits eine Offerte von 70,000 Thlr. gemacht und hat dieser in Abrechnung der gegenwärtigen Ertragsverhältnisse des Waldes anscheinend hohe Betrag viele der Bürger für den Verkauf geneigt gemacht, ohne daß natürlich alle Nebenumstände und dureinstigen Vortheile in Betracht gezogen wurden. — Gestern wurde der Kanonier Anton Schlachta, der am 26. August d. J. von der 2. gezogenen Batterie der Niederschlesischen Artilleriebrigade Nr. 5 zum zweiten Male desertirt war und seitdem in den fürstlich Thurn und Taxis'schen Forsten hiesigen Kreises sich als Wilddieb aufgehalten hat, von einem Waldwart ergriffen und dem hiesigen Bataillon zum Weitertransport an den Truppenteil überliefert. Schlachta ist in Friedrichsfeld hiesigen Kreises angehörig und wegen seiner ersten Desertion vom Truppenteil bereits bestraft worden. — Ein armer Tagelöhner, der aus Polen zu Fuß hierher kam, um für sich und seine Familie einen neuen Platz zu extrahieren, wurde dieser Tage auf der Chaussee zwischen hier und Ostrów von zwei Wegelagerern angefallen und seiner ganzen Baarthaft im Betrage von ungefähr 4 Thlr. beraubt, so daß der Beraubte nicht einmal die Pfosten bestreiten konnte, sondern genötigt war, sich dieselben bei mitleidigen Personen hier zu borgen. — Der Mangel an tüchtigen jüdischen Lehrern macht sich auch hier recht fühlbar; an der hiesigen jüdischen Elementarschule soll nämlich ein Rektor mit einem Gehalt von 400 Thlr. angestellt werden und ist von vier Personen, welche bereits hier Probelection gehalten haben, keiner vom Schulvorstande für befähigt gehalten worden, die qu. Rektorstelle einzunehmen und gehörig auszufüllen.

+ Ostrów. Die hiesige Telegraphenstation wird, obgleich der Apparat schon seit dem Juni aufgestellt ist, nicht eingerichtet, was infolge auffällt, als doch auf anderen Stationen, wie Schröda und Pleschen rascher mit der Einrichtung vorgegangen ist. Bei dem hiesigen nicht un-

bedeutenden einheimischen und Grenzverkehr wäre es in hohem Grade erwünscht, daß der Telegraph der Benutzung übergeben würde.

+ Pleschen, 7. Ottbr. [Preisvertheilung; Ovation; Verhaftung.] Die verschiedenen Fachkommissionen der hiesigen Gewerbeausstellung haben in ihrer am 1. d. Mts. abgehaltenen Sitzung folgenden Ausstellern für ihre vorzülichen Leistungen Medaillen verliehen und zwar I. die silberne Medaille: Lehrer Ritsche, Sattler Sellge, Schmied Korzik, Böttcher Kolbe und Maurermeister Reich, sämtlich von hier; II. die bronzenen Medaillen erhielten: Weber Schulz, Schneider Krajewski, Klempner Sellge, Tischler Paetz, Müller Förster, Buchbinder Plötzke, Schuhmacher Rothert, sämtlich aus Pleschen, Lehrer Kostrzewski aus Kajew und Kammimacher Meiche aus Krotoschin. Die Vertheilung der Medaillen hat unter den Handwerkern sehr böses Blut gemacht. Viele beklagen sich über Zurücksetzung und wollen sich mit dem Urtheil der Preisrichter nicht einverstanden erklären. Manche Gegenstände sind übrigens auch bei der Prämierung ganz unbeachtet geblieben, trotzdem sie während der Ausstellung allgemeinen Beifall fanden. Viele wundern sich, daß Maurermeister Reich eine silberne Medaille für Ausstellungsgegenstände erhalten, die er nicht selbst gefertigt, sondern von seinem Sohne und Ziegler hat anfertigen lassen. Da er mit seinen Thierköpfen, Drainröhren, Blumenvasen &c. auf der Ausstellung keinen Konkurrenten hatte, so war es übrigens sehr leicht, den Preis zu gewinnen. Warum überhaupt erst Medaillen vertheilt wurden, ist nicht recht einleuchtend. Wenn auch London und Paris Aussteller durch Medaillen auszeichnet, so war es durchaus nicht nothwendig, daß Pleschen als Dritter im Bunde aufzutreten suchte. — Gestern Nachmittag wurde dem Bürgermeister Hautzinger von den hiesigen Handwerkern ein silberner, inwendig stark vergoldeter Pokal als Anerkennung für die großen Verdienste, die er sich um die Gewerbeausstellung erworben, feierlich überreicht. Der Pokal hat die Inschrift: „Dem Bürgermeister Hautzinger. Die Handwerker Pleschen's. 1862.“ Nachdem Hautzinger von drei Meistern in den Rathausaal eingeführt worden war, ergriff Buchbinder Plötzke den Pokal und überreichte ihn mit den Worten: „Anerkennend die Verdienste, die Sie, geehrter Herr Bürgermeister, sich um die hiesige Stadt, besonders aber um den Handwerkstand erworben haben, zur Erinnerung an die mit unsäglichen Anstrengungen von Ihrer Seite nur möglich gewordene gewerbliche Ausstellung, erlauben wir uns Ihnen diesen Pokal zu überreichen.“ Nach einigen Dankesworten spielte eine Musikbande die Preußenthymne. Von dem Rathause begaben sich die Versammlten zum Gastwirth Sellge und feierten dort in gemütlicher Heiterkeit, Polen und Deutsche innig vereint, den Ehrentag ihres Bürgermeisters. — Auf dem gestrigen Wochenmarkt wurde ein Mann aus Popowet verhaftet, der im Verdacht steht, die dem Schneidermeister Eilenberg gestohlenen Sachen im Besitz zu haben. Er soll seit kurzer Zeit einen Kleiderhandel nach jenseits der Grenze treiben.

+ Kreis Samter, 6. Ott. [Geschäftliches.] Im Wollhandel herrscht gegenwärtig sehr reges Leben, und bei dem vortretenden starken Bedarf heben sich die Preise. Ab und zu treffen Käufer ein, und die Nachfragen besonders nach gelungenen Wäschchen sind sehr stark. — Auch für die bisher vernachlässigt gebliebene Lammwolle zeigen sich nun mehr Käufer, und man ist geneigt, höhere Preise als vor 4 Wochen anzulegen. Verkäufer sind aber sowohl bei Schur- als Kammwolle noch zurückhaltend, in der Hoffnung, daß die Lebhaftigkeit im Geschäft ein Impuls zur ssernen Steigerung sein wird. — Die Spiritusabladungen per Bahn nach Berlin dauern fort. Meist sind diese Ablieferungen auf frühere in Berlin gemachte Vorschüsse. Diejenigen, welche die früheren hohen Preise zum Verkauf nicht benutzt haben, nehmen den Spiritus auf Lager und wollen bessere Preise abwarten. Gegenwärtig ist die Fracht für Spiritus per Bahn im Verhältniß billiger als zu Wasser, da letztere des niedrigen Wasserstandes wegen sehr hoch ist.

+ Bromberg, 7. Oktober. [Besuchter Diebstahl; Gefuch; Verkauf; Carre; Handwerkerverein.] Am Freitags Nachmittags traten hier zwei Männer in die Wohnung des Malers N. in der Holzstraße, wahrscheinlich in der Absicht, einen Diebstahl auszuführen. Der eine ging gleich mit schnellen Schritten auf die allein im Hause anwesende 11jährige Tochter des N. los und forderte sie mit drohender Miene auf, sich ganz ruhig zu verhalten, wenn ihr das Leben lieb wäre; der andere ging vor die Thür, um jedenfalls Wache zu halten. Nun ließ sich der in der Stube befindliche Mann von dem Mädchen die Schlüssel zu den verschiedenen Spinden, Kommoden, Kästen &c. geben, schloß damit überall auf und suchte dort einige Zeit umher, ohne jedoch, was er wohl eigentlich wünschte, Geld, zu finden. Hierauf fragte er das Mädchen nach verschiedenen häuslichen Angelegenheiten, wenn z. B. Herr N. in der Regel nicht zu Hause wäre, wer in diesem oder in jenem Bette schlief u. s. w. Endlich entfernte er sich, ohne etwas mitzunehmen und ging mit seinem vor der Thür befindlichen Kameraden nach den Schleusen zu. — Wie bereits früher mitgetheilt, hatten sich mehrere hiesige Kaufleute mit der Bitte an den Herrn Minister v. Heydt gewandt, den Steuerrath Schmidt bierselbst, der in gleicher Eigenschaft nach Pleschen verfest worden, in seinem hiesigen Amt zu belassen, da er sich durch sein humanes Wesen die Achtung und Liebe seiner Mitbürger erworben zu. Hierauf ist am 5. Oktober c. ein vom 1. Oktober c. datirtes ablehnendes Antwortschreiben des qu. Ministers eingegangen. Die höhern Oids verfügte Verfestigung des Herrn Schmidt sei eine aus dienstlichen Rücksichten gebotene u. s. w. Vor einigen Tagen erhielt Herr Schmidt von dem hiesigen Handwerker-Sängerbunde vor seiner Wohnung im Haupt-Steueramtgebäude ein Abschiedsständchen, womit ihm auch von dieser Seite ein Beweis der Anerkennung und Achtung dargelegt werden sollte. Heute ist Herr Schmidt nach seinem neuen Bestimmungsorte, Weesirz, abgereist; sein Nachfolger in Bromberg ist der frühere Steuerrath in Weesirz Herr Paetz.

Das benachbarte, unweit der Danziger Chaussee gelegene große Gut, Bolendorf, welches dem Grafen v. Mojszejewski gehörte, ist gestern an Herrn Szemianek für 380,000 Thlr. verkauft worden. Zu dem Gut gehören einige Vorwerke und schöne Waldungen. — Im Carre'schen Circus, welcher bereits heute eröffnet werden sollte, werden die Vorstellungen erst am Donnerstag beginnen; heute trifft ein Transport von Pferden ein. Der Circus ist, wie schon gesagt, größer als der Hünne'sche im vorigen Jahre; er fährt im Ganzen einen Buschauerraum von über 1000 Personen und wird durch 150 Gasflammen erleucht, die jeden Abend ca. 5000 Leibknecht Gas verzehren. Die Bedachung des Circus ist durch Steinpappe hergestellt. — Nachdem gestern wieder längere Zeit im Handwerkervereine in unerträglicher Weise über die Gewerbefrage hin- und hergeprochen worden, stellte ein Mitglied, der Kaufmann Wenzel, den Dringlichkeitsantrag, fürderhin die Gewerbefrage ganz und gar von der Tagesordnung zu streichen, indem viele Mitglieder des Vereins nur deshalb von dem Besuch der Handwerkerversammlungen zurückbleiben, weil ihnen das Thema der Gewerbefrage schon anfangs lästig zu werden. In der That waren die letzten Versammlungen nur mittelmäßig besucht. Der Antrag wurde beraten und man beschloß, dem darin ausgeschworenen Wunsche Folge zu geben und die Gewerbefrage in Zukunft nicht mehr zu berühren.

The Wochenschrift des National-Vereins theilt den nachstehenden Brief, der ihr abschriftlich zugegangen, mit als einen Beitrag zur Kenntnis und Würdigung der Zustände in Posen, und der Rolle, welche die „Ostdeutsche Zeitung“ innerhalb derselben spielt:

Herren Rechtsanwalt Pilet in Posen.

Die Endesunterschriften wenden sich an Sie mit der Bitte, folgende Erklärung dem Comite der „Ostdeutschen Zeitung“ vorzulegen:

Die Haltung der „Ostdeutschen Zeitung“ hat in unseren Kreisen den

lebhaftesten Widerspruch gefunden. Wir selbst halten es für unsere Pflicht, dies auszusprechen, nicht nur, weil wir selbst Aktionäre der Zeitung sind, sondern besonders, weil wir nicht unbedeutend für die Ausbreitung der Zeitung gewirkt haben. In der Aufforderung zur Gründung der „Ostdeutschen Zeitung“ hieß es, die Zeitung würde sich die Aufgabe stellen, die deutschen Interessen unserer Provinz besser zu vertreten, als dies bisher der Fall gewesen; die Zeitung wird den Fortschritt vertreten, und, wie sich das unter redlichen Männern von selbst versteht, sie würde als Anwalt gekränkter Rechte jeder Nationalität auftreten. Hätte sich die Zeitung an dieses Programm gehalten, dann hätte sie sich gewiß des Beifalls der meisten Deutschen unserer Provinz erfreuen gebahnt, denn, einige Exemplare ausgenommen, gehören sämtliche Deutsche der Provinz mehr oder weniger zur Fortschrittpartei und ein gehäftiges Herfallen über die Polen entspricht nicht dem deutlichen Charakter.

Wir Deutschen führen jedoch hier gegen die Polen einen nicht blutigen, aber darum nicht weniger ernsten Kampf, einen Kampf, der schon vor Jahrhunderten geführt ist, und in welchem unsre Vorfahren die Slaven von der Elbe über die Oder hinaus und bis an die Weichsel verdrängt haben. In unserem Kampfe handelt es sich darum, ob der deutsche Pfug tiefer geht, als der polnische, ob der Deutsche stärker, stehamer, beharrlicher und bittungsloser ist, als der Pole.

Wie verhält sich nun die „Ostdeutsche Zeitung“ zu diesem Kampfe? Sie thut, als existire er gar nicht. Sie sieht weder Deutsche noch Polen, sondern nur Preußen. Es geschehen Dinge, die ihrem Auge nicht entgehen können. Wie in ganz Deutschland, so lebt sich auch in unserer Provinz unter den Deutschen das Selbstgefühl. Deutsche Handwerker fühlen sich zusammen, um ihre Kenntnisse zu beweisen, und um sich Kapitalien zu ihren Unternehmungen zu sichern, deutsche Männer aller Stände bilden Turnvereine, um ihre Kräfte zu stärken u. s. w. Noch hat aber die „Ostdeutsche Zeitung“ mit keinem Worte erwähnt, daß alle diese Bemühungen nur von Deutschen ausgehen und daß die volnische Nation an alledem nicht den geringsten Anteil hat.

Das ist es, was wir an der „Ostdeutschen Zeitung“ tadeln, daß sie nicht deutsch ist. Sie bringt uns Berichte, wie oft hier und da das Boze eos Polake gefunden, meldet mit fetter Schrift, wenn ein Gut aus deutschen in polnische Hände übergegangen ist, und fällt mit einer wahren Verfernerwuth über den her, der einmal einem Polen die Wahrheit gesagt hat. Wenn polnische Güter an Deutsche verkauft sind, so wird dies sorgfältig verschwiegen, oder sollte die „Ostdeutsche Zeitung“ wirklich nichts davon erfahren?

Ferner tadeln wir und nehmen es mit Entrüstung wahr, daß die „Ostdeutsche Zeitung“ es verucht hat, Zwiespalt im deutschen Lager zu erzeugen. Welcher Partei wir auch angehören, — die Polen sind unsre Gegner, deshalb ist es vor Allem unsre Pflicht, gegen diese zusammenzuhalten. Die Bierbaum, die von der „Ostdeutschen Zeitung“ so feb herausgezogen wird, wird der Fortschrittpartei in jenen Kreisen größeren Schaden thun, als zehn Niederlagen, denn das deutsche Nationalgefühl läßt sich nicht umgestritten beobachten.

Unter Urtheil über die „Ostdeutsche Zeitung“ muß wohl in der Provinz vielfach getheilt werden, sonst würden gewiß reichlicher Berichte aus der Provinz eingehen. Bei der jetzigen Haltung des Blattes fühlt Jeder, daß Mithilfe aus dem deutschen Volksleben dort nicht an ihrem Platze sein wird.

Wir Unterzeichneter haben uns deshalb für die „Ostdeutsche Zeitung“ interessirt, weil sie versprach, ein deutsches, freiwilliges Blatt zu werden; haben wir uns hierin getäuscht, so ist dies nicht unsre Schuld. Wir werden aber, falls die „Ostdeutsche Zeitung“ den eingeschlagenen Weg nicht verläßt, mit aller unserer Kraft darauf hinzuhalten, sie möglichst unbedenklich zu machen.

Dr. Arzt Dr. Cron. Generalpächter F. Beyme. Rittergutsbesitzer Schmilinsky. Rittergutsbesitzer Jacobi.

Angekommene Fremde.

Bom 7. Oktober.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Moll aus Lissa, Allendorff nebst Frau aus Stettin, Ley und Schönau aus Breslau. Frau Rittergutsbesitzer Wiese aus Sienno, Frau Wirtschafterin Karlowo aus Chvalibogowo, die Gutsbesitzer v. Kastanowsky aus Schöffen und v. Skolnicki aus Trzecino.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer Kiewerewitz aus Kleszczewo, Oberamtmann Chodzko aus Czerlewo und Kaufmann Hermann aus Lüneburg. STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Hermann aus Berlin, Architekt Schulz aus Mannheim, die Gutsbesitzer v. Batzrewski aus Polen, Graf Swielecki aus Gostkowice, v. Sawicki und Frau Gutsbesitzer v. Sawicka aus Kl. Rybn.

BAZAR. Probst Sadowksi aus Siedlomin, Gutsräther v. Trawiński aus Karpniewo, die Gutsbesitzer v. Krasicki aus Karsko, Graf Swielecki aus Dzorowo, v. Waskowksi aus Niedzieln, v. Kryszanowski aus Janowice, v. Rozgaśla aus Padniewo und v. Swinarska aus Dembie.

HOTEL DE PARIS. Frau Bürger Nowacka aus Neustadt a. W., Geistlicher Weichmann aus Warschau, Agronom Weichmann aus Kowalewo, Gutsbesitzer Berendes aus Polen, Agronom Sniegocki aus Kunow, Frau Bürger Frankowska aus Ustaszewo und Kaufmann Freudenreich aus Breslau.

HOTEL DE BERLIN. Kreisgerichtsrath Röder aus Schröda, Hauptmann a. D. Körting aus Berlin, Probst Kowalewski aus Bemowo, Student Sandersleben aus Glogau, die Kaufleute Beschel aus Sprottau und Berger aus Culau, Rechnungsführer Grünauer aus Glebovice und Oberamtmann Kolden aus Betsig.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Ascher und Lask aus Briesen, Landek aus Wongrowiec und Reichstein aus Block, Uhrmachermeister Hallmann aus Szczecin, die Bauunternehmer Hinz und Rose aus Birk, Wirtschafter Gredicki aus Rawy und Fuhrwerksbesitzer Stohn aus Wongrowiec.

EICHBOAN'S HOTEL. Sänger Schramm aus Hannover, Zimmermeister Fendler aus Politz, Sekretär Janecki aus Kosken, die Kaufleute Gründer aus Strzelkowo und Blaszczyk aus Breslau.

PRIVAT-LOGIS. Major Baron v. Gaudy aus Berlin, Markt Nr. 51; Major Frhr. v. Massenbach aus Bielotóz, Breslauerstr. Nr. 39.

Bom 8. Oktober.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Rittergutsbesitzer Liebnitz aus Balesie, Frau Rittergutsbesitzer Iffland aus Pietrowo, die Kaufleute Hautzinger aus Münzen, Störing und Dinkler aus Bierlitz, Jäger aus Köln, Grützberg aus München und Rosenthal aus Kassel.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die nachgenannten Bäcker werden im Monat Oktober c. das Roggenbrot und die Semmel zu den angegebenen schwersten Gewichten liefern:

1) Roggenbrot à 5 Sgr.
Anton Chwakowski, Schröder 70 6 M—Lb.
Ludwig Nowicki, Markt 71 . 5 =
Karl Brzozowski, Judenstr. 3 . 5 =
Joseph Kuchlenski, Halbdorfstr. 16 5 =
Wittwe Koszewska, Ostrów 23 5 =
Joseph Gorski, Schröder 55 . 5 =

2) Semmel à 1 Sgr.
Joseph Kuchlenski, Halbdorfstr. 16 . 15 M—Lb.
Karl Brzozowski, Judentor 3 . 15 =

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Backwaren-Tafeln Bezug genommen.

Posen, den 6. Oktober 1862.

Königlicher Polizei-Präsident

v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von circa:
56 Klaftern Eichenholz,
20 = Birkenholz,
249 = Kiefernholz,
220 = Kiefer-Bäckerholz,
12,323 Tonnen oberschlesischer Steinkohlen,
256 Bentner raffiniertes Rüböl,
3225 Bentner Dachband,
49 Pfund Dachgarn
36 Bentner Dachglocke,
15 = ariner Seife,
3 = weisse Seife,
106 = kristallisierte Soda,
und diverse Schreibmaterialien, darunter:
15 Nies Kanzleipapier,
38 = Konzeptpapier,
für die hiesigen königlichen Militairverwaltungen pro 1863 soll im Wege der öffentlichen Submission mindestfordernd verordnet werden. Hierzu haben wir auf

Mittwoch den 15. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr
in unserem Geschäftslökal im Intendantur- und Garnisonverwaltungs-Gebäude, Wallstraße Nr. 1, einen Termin anberauert, bis zu welchem faulstähler und sonst qualifizierte Unternehmer ihre versiegelten Offerten, mit entsprechender Aufschrift versehen, an uns einzureichen haben.

Die Lieferungsbedingungen können Vormittags und Nachmittags in den üblichen Geschäftsstunden bei uns eingesehen werden.

Nachgebote oder zu spät eingehende, so wie unvollständige oder undeutliche Offerten bleiben unberücksichtigt.

Posen, den 3. Oktober 1862.

Königliche Garnisonverwaltung.

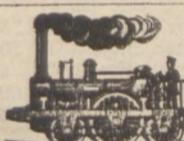
Bekanntmachung.

Die Lieferung des Brennholzbedarfs für die Geschäftslokale der königl. Provinzial-Steuerdirektion hier selbst von etwa 50 bis 60 Klaftern Eichen-Kiebenholz im bevorstehenden Winter soll dem Mindestfordernden übertragen werden. Zur Annahme der Gebote ist ein Termin auf

den 14. Oktober c.

Vormittags 11 Uhr
im Dienstgebäude der Provinzial-Steuerdirektion, Breslauerstraße Nr. 39 vor dem Büroräuber Kaufer anberauert, zu welchem Unternehmer hiermit eingeladen werden.

Die Bedingungen sind in der Registratur ausgelegt.



Königliche Ostbahn.

Die Lieferung von 32 000 Stück eichenen oder kiefernen Bahnschwellen, abzuliefern auf einem beliebigen Bahnhofe der Ostbahn oder am Ufer der Brda beim Bahnhofe Bromberg, soll im Wege der öffentlichen Submission im Ganzen oder in einzelnen Looen verordnet werden.

Offerten auf diese Lieferung sind uns portofrei, versiegelt und mit der Aufschrift:

"Submission auf Lieferung von Bahnschwellen"

versehen, bis zu dem am

Montag den 3 November c.

Vormittags 11 Uhr
anstehenden Termine einzureichen, in welchem dieselben in unserem Geschäftslökal auf dem hiesigen Bahnhofe in Gegenwart der etwa persönlich erscheinenden Submittenten eröffnet werden. Später eingehende oder den Bedingungen nicht entsprechende Offerten bleiben unberücksichtigt.

Die Lieferungsbedingungen können in unserem Zentralbüro während der Geschäftsstunden eingesehen werden und werden auf portofrei, an unserem Bureauvorsteher Laconi hier selbst zu richtende Gejüche unentgeltlich mitgetheilt.

Bromberg, den 3. Oktober 1862.

Königliche Direktion der Ostbahn.

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich mein Geschäft nach Markt- und Neustrassen-Ecke in das bisherige Schuppig'sche Lokal verlegt habe.

Bekanntmachung.

Der auf 4579 Thlr. 24 Sgr. 9 Pf. veranschlagte Neubau eines 2. Stockwerkes auf das hiesige Rathaus, soll in Entreprise an den Mindestfordernden ausgethan werden und ist hierzu ein Termin auf

den 18. Oktober c.

Nachmittags 4 Uhr

im Magistratsbüro anberauert; in letzterem liegt Anschlag und Zeichnung zur Einsicht aus.

Graz, den 1. Oktober 1862.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In der Andreas v. Drozowskischen Substationssache wird der auf den 4. Juni 1863 Vormittags 11 Uhr zum Verkaufe des Rittergutes Mikorzyn mit Zubehör anberauerte Bietungstermin auf

den 11. Juni 1863

Vormittags 11 Uhr

verlegt.

Kempen, den 30. September 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Kempen, den 26. Juni 1862.

Die auf dem Territorium des Dominiums Rogaszyn, Schildberger Kreises, Regierungsbezirk Posen, unter der Hypothekennummer 4 belegene, „Juzaalla“ benannte Pustkowie nebst Zubehör, so wie die Pustkowie Malinowskie, Eigentum des Wirthschaftsinspektors Adolph Gleich und dessen Chefraum 3d geborenen Berzig, abge häft auf 6340 Thlr. 20 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzuführenden Taxe, soll

am 19. Februar 1863

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht erlichtlichen Ansfordern aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anprude spätestens im obigen Termine zu melden.

Den 15. Oktober fange ich den Tanzunterricht an.

Rochacki, Jesuitenstraße Nr. 1.

Der Potsdamer Vieh-Versicherungsverein

entschädigte uns für die gehabten Verluste durch den Vereins-Agenten Herrn Emil Sieverth in Schrimm prompt und unverkürzt, was wir hierdurch dankend zur Deffentlichkeit bringen.

Wojciech Lipinski in Posen,

Franz Kowalski, Förster in Luczin,

G. v. Nowaczynski, Brennerei-Inspektor in Luczin,

Ernst Adolph in Dolzig,

Isaac Moses Bus in Schrimm,

Hisia Neustadt in Santomysl,

Gispa Wolff Reich in Gotha.

Gutsverpachtung.

Das Ihrer Durchlaucht der Frau Herzogin von Acerenza Pignatelli, Prinzessin von Curiand zugehörige, im Regierungsbezirk Posen und dessen Kostener Kreise, 1½ Meile von Schwiege entfernt belegene Rittergut Kluczewo mit Borek, enthaltend:

10 Morgen 78 □ Ruthen	Hof- und Baustellen,
67 = 106 =	Acker- und Grasegärten,
1449 = 30 =	Acker,
204 = 97 =	Wiesen,
170 = 123 =	Hutung,
18 = 124 =	Wege, Gräben, Teiche,

2001 Morgen 18 □ Ruthen, soll auf 12 Jahre, von Johannis 1863 bis dahin 1875 im Wege der Submission anderweit verpachtet werden.

Die Beschreibung der zum Gute gehörigen, in gutem baulichen Zustand befindlichen Gebäude, die Karte mit Vermessungsregister, die allgemeinen, wie die speziellen Pachtbedingungen können in der herzoglichen Rentamtksanzlei zu Nitsche bei Schwiege eingesehen und von den Bedingungen, gegen Erstattung der Scopialien, auch Abschriften verfolgt werden.

Ebenso können die Pachtobjekte auf vorangegangene Meldung täglich in Augenhinnehmen genommen werden.

Pachtbewerber werden hiernach aufgesondert, ihre diesfälligen Offerten schriftlich, versiegelt und mit der Aufschrift:

"Pachtgebot für das herzogliche Gut Kluczewo"

bis spätestens zum 30. November d. J.

an das herzogliche Rentamt zu Nitsche pr. Schwiege portofrei einzufinden.

Ottendorf bei Waltersdorf, am 26. September 1862.

Die herzogliche Generalverwaltung.

Mit Kaiserl. königl. östr. Privilegium und königl. preuß. Ministerial-Approbation.

Dr. Borchardt's aromatische Kräuteräuse, zur Verhönerung und Verbesserung des Teints und erprobt gegen alle Hautunreinheiten; (in versiegelten Originalpäckchen à 6 Sgr.)

Dr. Suin de Boutemard's aromatische Zahnpasta, das unverzerrte und zuverlässige Erhaltungs- und Reinigungsmittel der Zähne und des Zahns Fleisches in 1/2 und 1/2 Päckchen à 12 und 6 Sgr.)

Dr. Lindes vegetabilische Stangenpomade, erhöht den Glanz und die Elastizität der Haare, und eignet sich gleichzeitig zum Festhalten der Scheitel; (in Originalstücken à 7½ Sgr.)

Apotheker Sperati's italienische Honigseife, ist zum Waschen und Baden ausgezeichnet durch ihre belebende und erhaltende Einwirkung auf die Geschmeidigkeit und Weichheit der Haut; (in Päckchen zu 2½ und 5 Sgr.)

Dr. Hartung's Chinarinden-Oel, aus einer Abloching der besten Chinardinde mit balsamischen Delen, zur Konserivation und Verstärkung der Haare; (in versiegelten und im Glase gestempelten Fläschchen à 10 Sgr.)

Dr. Hartung's Kräuterpomade, zusammengefest aus anregenden, nahrhaften Säften und Pflanzen-Ingredienzen, zur Wiederherstellung und Belebung des Haarwuchses; (in versiegelten u. im Glase gestempelten Tiegeln à 10 Sgr.)

Aecht werden die obigen, durch ihre anerkannte Solidität und Zweckmäßigkeit auch in hiesiger Gegend so beliebt gewordenen Artikel in Posen nach wie vor nur allein verkauft bei

J. Menzel, Wilhelmstraße, neben der Post,

so wie auch in Birnbaum: J. M. Strich, Bromberg: C. F. Beleites, Chodzien: C. Breite, Fraustadt: Aug. Gleemann, Gneisen: J. B. Lange, Grätz: Rud. Mützel, Nowoclaw: H. Senator, Kempen: Gottschalk Fränkel, Soden: B. Landsberg, Troszisch: A. E. Stock, Lissa: J. L. Hausen, Lobsens: L. P. Elkisch, Matel: L. A. Kallmann, Neutomysl: C. J. Dampmann, Ostrów: L. Löbel Cohn, Piast: Abraham Lewin, Pleśnica: Th. Musielewicz, Rawicz: J. P. Ollendorf, Samter: W. Krüger, Schwiege: Wolff Cohn, Schneidemühl: Julius Briese, Schubin: C. L. Albrecht, Tczew: Wolff Lachmann, Wittow: R. A. Langiewicz, Wongrowitz: J. E. Zierner, Wreschen: Const. Winzewski und in Ronke bei L. Krüger.

Realschule.

Der Unterricht in den Vorbereitungsklassen beginnt Donnerstag den 9. Oktober in dem Hause Schützenstraße Nr. 21. Anmeldungen werden in den Mittagsstunden in der Wohnung des Direktors Dr. Brenecke ange nommen.

Schulangezeige.

Der neue Kursus meiner Schule, Wasserstraße Nr. 25, beginnt den 13. Oktober. Anmeldungen werden zu jeder Zeit entgegengenommen. W. Schatzke.

Die Aufnahmeverprüfung der für die von dem Vorstande der israelitischen Brüdergemeinde gegründeten Religionschule angemeldeten Böblinge findet Sonntag den 11. Oktober, Vormittags von 10 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr im Lokale des Vereins junger Kaufleute, Jesuitenstraße Nr. 13, statt.

Weitere Meldungen werden daselbst entgegengenommen.

Tanz-Unterricht.

Den sehr geehrten Herrschaften zeige ich meine in Posen (Hôtel de France) erfolgte Ankunft hiermit ganz ergeben an.

A. Eichstaedt, Tanz- u. Ballettlehrer.

Den 15. Oktober fange ich den Tanzunterricht an.

Rochacki, Jesuitenstraße Nr. 1.

Der Potsdamer Vieh-Versicherungsverein entschädigte uns für die gehabten Verluste durch den Vereins-Agenten Herrn Emil Sieverth in Schrimm prompt und unverkürzt, was wir hierdurch dankend zur Deffentlichkeit bringen.

Wojciech Lipinski in Posen, Franz Kowalski, Förster in Luczin, G. v. Nowaczynski, Brennerei-Inspektor in Luczin, Ernst Adolph in Dolzig, Isaac Moses Bus in Schrimm, Hisia Neustadt in Santomysl, Gispa Wolff Reich in Gotha.

Die bis ultimo Juli

im August

bis ultimo August Thlr.

Davon ab Rückverdrängungs-Prämie und Mi storni bis ultimo August

für eigene Rechnung also bis ultimo August Thlr.

Es ist mithin im Jahre 1862 bis ultimo August

die Versicherungssumme Brutto um Thlr. 148,178,927.

für eigene Rechnung = 147,683,794.

die Prämien-Einnahme Brutto = 147,220. 1 Sgr.

Alle an meinen verstorbenen Ehemann Jacob Peiser abzuführenden Gedanken bin ich ermächtigt, in Empfang zu nehmen.
Eva Peiser.

Der Journal-Lesezirkel
der J. J. Heine'schen Buchhandlung, Markt 85,
genügend bekannt in seiner Reichhaltigkeit und vortrefflichen Einrichtung, empfiehlt sich zur ferneren regen Betheiligung.

Im Tempel der israelitischen Brüdergemeinde: Donnerstag den 9. Oktober: Festgottesdienst und Predigt des Herrn Rabbiners Dr. Perles.

Freitag den 10. Oktober: Festgottesdienst.

Familien-Nachrichten. Verwandten und Freunden die ergebene Anzeige, daß meine liebe Frau Rosalie geb. Leder gestern Abend 6 Uhr von einem ununterbrochenen Läuterchen glücklich entbunden wurde.

Grätz, den 7. Oktober 1862.

Marcus Pinn.

Auswärtige Familien-Nachrichten. Geburten. Ein Sohn Hrn. v. Dyke in Loventis, Hrn. G. Bisperling, Hrn. Schulte, Hrn. F. Laufer, dem Apotheker. O. Kuntz in Berlin, dem Wirthsch.-Insp. Wedlich in Süßen, dem Reg.-Sekr. Kröner in Breslau.

Eine Tochter dem Eisen-Baum. Westphal in Stargard, Hrn. N. Gräber, Hrn. Triebler, Hrn. C. Bitter in Berlin, Hrn. Carl Langen in Breslau.

Todesfälle. Frau E. Kahlschmidt, pens. Geheimsekretärin F. Peide, Fr. D. Krause, Rentier A. Albrecht, Civil-Ingenieur F. Leitner, Schanwirth F. Kleine, Freifräulein M. von le Fort, Fr. F. Krüger und Frau Paul. Ostwaldt in Berlin, Fr. M. Benecke in Charlottenburg, Oberst H. v. Bergberg in Nord-Amerika, Frau A. Krohn in Breslau, verw. Frau Ch. Laue in Schwedt, Major a. D. F. Meyer in Landsberg a. W., Frau Ch. Engelmann in Breslau, Frau N. Papenheim, Fr. Mecha Salomon, eine Tochter des Hrn. Franken, Fr. F. W. Schröder, Fr. Steindrucker Adam, Fr. Kaufm. Heinemann, Fr. Rent. M. Kurth in Berlin, Fr. M. Seebald in Teltow, verw. Frau Generalin v. Stammer in Fleiß, Fr. Mühlensief, Ch. Reckling in Gusdorf, Fabrikbes. A. Cagliari in Bets, Frau Steuerrendant Beate Gnedow, Frau N. Salomon, Frau M. Kurth, und Frau N. Papenheim in Berlin, Frau Stadtrichter Ehrenberg in Delitzsch.

Bahnhof.

Morgen Donnerstag den 9. zum Wurstabendbrot laden freundlich ein
Otto Lange.

Stadttheater.
Eröffnung der Wintersaison.
Donnerstag den 9. Oktober:
Neu einstudirt:
Rosenmüller und Finke,

oder:
Abgemacht ist abgemacht.

Original-Vorstellung in 5 Akten von Dr. Löper.
"Rosenmüller und Finke" wird neuerdings seiner Trefflichkeit wegen fortwährend am Berliner Hoftheater gegeben.

Morgen Abend Entenbraten Büttelstr.

Scholz.

Fischer's Lust.
Morgen Donnerstag den 9. d. M.
großes Wurstfest.

Frische Leber- und Fleischwurst mit Schmortkraut.

Gut gebakene Pfälzer und Napfkuchen. Thorpassage durchs Königsthor frei.

Zum Wurstpicknick Donnerstag den 9. d. M. laden ergebnist ein
C. Vogt, u. Gerberstr. 7.

Morgen, Donnerstag, den 9., frische Kessel-Wurst mit Schmortohl und Entenbraten, wozu ergebnist einladet
Wende, Kränzelstraße 32.

Kaufmännische Vereinigung
zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 8. Oktober 1862.
Fonds. Br. Gd. bez.

Posener 4% alte Pfandbriefe — —

3% — 99%

4% neue — 99%

Rentenbriefe 93%

Provinzial-Bankaktien 99 — —

5% Prov.-Obligat. — —

5% Kreis-Obligationen — —

5% Obra-Mel.-Oblig. — —

4% Kreis-Obligationen 98 — —

4% Stadt-Oblig. 11. Em. 98 — —

Preuß. 3½% Staats-Schuldsch. 90%

4% Staats-Anleihe — —

4% Freim. Anleihe — —

4% St.-Ant.excl. 50u52 — —

5% Staats-Anleihe 108% — —

3% Prämien-Anleihe 127% — —

Schlesische 3% Pfandbriefe — —

Westpreuß. 3% — —

Polnische 4% — 88% — —

Överchl. Eisenb. St. Altien Lit. A. — —

Prior. Alt. Lit. E. — —

Stargard-Pos. Eisenb. St. Alt. — —

Polnische Banknoten — 88% — —

Ausländische Fonds.

Destr. Metalliques 5 58½ bz u B

do. National-Anl. 5 67½ bz

do. 250fl. Präm. Do. 4 74 bz

do. 100fl. Kred. Posse — 70 bz

do. 500fl. Präm. Do. 5 73½ bz

5% Stiegitz Ant. 5 58½ bz

6. do. 5 97½ bz

Englische Anl. 5 96 bz

N. Russ. Eng. Anl. 3 59½ bz

do. v. 3. 1862 5 93 bz

Poln. Schag.-D. 4 85 bz

Cert. A. 300fl. 5 94½ bz

do. 200 fl. — 24 bz

Posseb. n. i. St. 4 88½ bz u G

Part. D. 500 fl. 4 93½ bz

Hamb. Pr. 100fl. — 98 B

do. 50, 52 fl. 4 99½ B

do. 54, 55, 57, 59 4 103 bz [1859]

do. 1856 4 103 bz [103 bz]

do. 1853 4 99½ bz

Präm. St. Anl. 1855 3 128 bz

Staats-Schuldsch. 3 90½ bz

Kurz-Neum. Schluß 3 90½ bz

Berl. Stadt-Obl. 4 103½ bz

do. 3½ 90 bz

Berl. Börseh. Obl. 5 105½ bz

Kurz. u. Neu. 3½ 93 bz

Württ. 4 101½ bz

Ostpreuß. 3½ 89½ bz

do. 4 99½ bz

Pommersche 3½ 91½ bz

do. neue 4 100½ bz

Posenche 4 104½ bz

do. 3½ 99½ bz

do. neue 4 99½ bz

do. 3½ 99½ bz

do. 4 99½ bz